



Europäische
Kommission



Auf EU-Zukunftstour durch Österreich **Europa** im Gespräch



EUROPA: Ihre Ansprechpartner vor Ort in Österreich

EUROPÄISCHE KOMMISSION - VERTRETUNG IN ÖSTERREICH

Haus der Europäischen Union
Wipplingerstraße 35
1010 Wien
Telefon: +43 1 51618-0
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu
Web: https://austria.representation.ec.europa.eu/index_de

Martin Selmayr	Leiter der Vertretung
Wolfgang Bogensberger	stv. Leiter der Vertretung
Sabine Berger	Leiterin Presse & Kommunikation
Adina Hoffmann-Reumüller	stv. Leiterin Presse & Kommunikation
Hatto Käfer	Leiter Wirtschaft & Soziales
Jozef Vasak	stv. Leiter Wirtschaft & Soziales
Dafina Isheva-Göller	Leiterin Verwaltung

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR EUROPAPOLITIK

Rotenhausgasse 6/9
1090 Wien
Telefon: +43 1 533 49999
E-Mail: europa@oegfe.at
Web: <https://www.oegfe.at>

Paul Schmidt	Generalsekretär
Stefan Schaller	wissenschaftlicher Mitarbeiter

Europe-Direct-Stellen

EUROPE DIRECT WIEN
Europazentrum Wien Lassingleithnerplatz 2/3, 1020 Wien +43 5 9950 fragen@europedirect.wien
EUROPE DIRECT BURGENLAND
Wirtschaftsagentur Burgenland Marktstraße 3, 7000 Eisenstadt +43 5 901 0210 europedirect@wirtschaftsagentur-burgenland.at
EUROPE DIRECT STEIERMARK
Amt der Steiermärkischen Landesregierung Landhausgasse 7, 8010 Graz +43 316 877 2200 europedirect@stmk.gv.at
EUROPE DIRECT TIROL
Amt der Tiroler Landesregierung, Landhaus 1 Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck +43 512 508 2349 eu.info@tirol.gv.at
EUROPE DIRECT SALZBURG SÜD
Regionalverband Pongau Bahnhofstraße 34/5, 5500 Bischofshofen +43 660 315 0585 europedirect@pongau.org

EUROPE DIRECT NIEDERÖSTERREICH
Amt der NÖ Landesregierung Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten +43 2742 9005 13002 post.europedirect@noel.gv.at
EUROPE DIRECT OBERÖSTERREICH
Amt der Oö. Landesregierung Landhausplatz 1, 4021 Linz +43 732 7720 14020 europedirect@ooe.gv.at
EUROPE DIRECT KÄRNTEN
Europahaus Klagenfurt Reitschulgasse 4, 9020 Klagenfurt am Wörthersee +43 463 511 741 europedirect@europahaus-klagenfurt.at
EUROPE DIRECT LAND SALZBURG
Amt der Salzburger Landesregierung Fasaneriestraße 35, 5020 Salzburg +43 662 8042 3302 europedirect@salzburg.gv.at
EUROPE DIRECT VORARLBERG
Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz +43 5574 511 20305 europa@vorarlberg.at



INHALT

VORWORT	4
STIMMEN DER JUGEND – Junger Auftakt zur EU-Zukunftstour	6
TIROL – Berg, Tal und Tunnel: Europa auf allen Ebenen	10
STEIERMARK – Auf den Spuren Europas: vom Grenzgebiet bis zum Mars	14
VORARLBERG – Europäische Grenzerfahrungen im Westen	18
OBERÖSTERREICH – Europa gemeinsam auf Schiene bringen	22
KÄRNTEN – Erkundungstour rund um das europäische Silicon Valley	26
BURGENLAND – Eine europäische Erfolgsgeschichte	30
SALZBURG – Gipfeltreffen zur Zukunft Europas	34
NIEDERÖSTERREICH – Für Europa in die Pedale treten	38
WIEN – Vor der Haustüre für Europa Flagge zeigen	42
UMFRAGEERGEBNISSE	46
MEDIENECHO	50

IMPRESSUM



Herausgeber & Redaktion Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich
in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Grafik: EDGE project design GmbH
Fotos: © Europäische Kommission oder Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
(wenn nachfolgend nicht anders angegeben), Titelbild: ©Johannes Maier
Stand: Dezember 2021



© Vertretung der EU Kommission/APA-Fotoservice/Hörmandinger

Liebe Europäerinnen und Europäer in Österreich,

die Europäische Union lebt vom Miteinander. Von Menschen, die miteinander reden, arbeiten, Sport treiben, feiern, trauern, und dies oftmals über Grenzen hinweg. Gerade in Europa, dem kleinsten und am dichtesten besiedelten Kontinent, sind die Menschen untereinander eng vernetzt und oft politisch wie wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Vielleicht trifft uns ja deshalb die Covid-19-Krise bis ins Mark. Die Gemeinschaft, die wir Europäerinnen und Europäer seit Jahrzehnten bilden, verträgt kein Social Distancing.

Genau deshalb beschlossen wir im Frühjahr 2021, dass nach einem Jahr Pandemie Videokonferenzen nicht mehr ausreichen, um über die aktuellen Herausforderungen Europas zu diskutieren. Es ist sicherlich ein Fortschritt, dass wir heute viel leichter digital miteinander kommunizieren können als vor Beginn dieser Gesundheitskrise. Doch am Bildschirm spürt man kaum, was das Gegenüber wirklich denkt, wann man Zustimmung oder Ärger auslöst. Wir wollten wieder Menschen und Meinungen in der Wirklichkeit erleben. Wir wollten verstehen, was diese Pandemie mit den Menschen in Österreich gemacht und wie sie ihr Europabild beeinflusst hat. Das kann man nur, wenn man sich aus dem Wiener Homeoffice hinauswagt und vor Ort mit den Menschen über Europa diskutiert.

Und so haben wir uns – beide geimpft – auf unsere Fahrräder geschwungen und in Städten und Gemeinden in allen neun Bundesländern das Gespräch gesucht. Was stinkt Euch an Europa? Was gefällt Euch an Europa? Was können wir gemeinsam besser machen in Europa? Mit diesen drei Fragen im Gepäck haben wir dieses Jahr 1.900 Radkilometer und noch mehr Bahnkilometer hinter uns gebracht und zwischen Bregenz und Güssing rund 650 Gespräche geführt. Mit dem

Rad waren wir unterwegs, da uns dies immer wieder eine niederschwellige Kontaktaufnahme ermöglichte. Die Menschen sprechen nun mal sehr viel offener, wenn die Gesprächspartner per Rad und in Radlerkleidung beim Betrieb, in der Schule oder in der Gastwirtschaft ankommen, als wenn sie im Anzug per Dienstwagen vorfahren. Klimafreundlich ist das Radfahren natürlich außerdem.

EU-Zukunftstour haben wir unsere Tour durch die neun Bundesländer genannt. Denn sie steht im Zeichen der seit dem 9. Mai 2021 unter der Überschrift „Konferenz zur Zukunft Europas“ stattfindenden EU-Zukunftsdebatte, welche die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsam mit den EU-Institutionen initiiert haben. Uns war dabei wichtig, dass über die Zukunft Europas nicht nur in Brüssel, Straßburg oder Wien diskutiert wird, sondern mit den Menschen vor Ort. Dass die Themen, die im Alltag der Menschen eine Rolle spielen, zur Sprache kommen, und nicht nur die institutionellen Evergreens, welche die Denkweise vieler Berufseuropäer seit Jahrzehnten prägen. Und dass wir genau zuhören, was die Menschen nach den einschneidenden Erfahrungen der Pandemie denken. Krisen verändern politische Prioritäten, vor



allem, wenn sie so umfassend das Leben der Menschen betreffen wie das ansteckende und oft tödliche Covid-19-Virus. Wer jetzt nicht genau zuhört, läuft Gefahr, Trends zu verpassen und am Ende die Menschen für Demokratie, gesellschaftliche Solidarität und europäische Zusammenarbeit zu verlieren. Aus diesem Grund haben wir nicht nur in vielen persönlichen Gesprächen Fragen gestellt, Meinungen angehört und Positionen diskutiert, sondern zugleich Meinungsumfragen mit Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich in Auftrag gegeben, um unsere subjektiven Eindrücke durch demoskopische Erkenntnisse zu ergänzen.

Die vorliegende Broschüre ist ein Zwischenbericht unserer EU-Zukunftstour. Sie berichtet von unseren Gesprächen mit Landwirten und Pflegekräften, Auszubildenden und Studierenden, Kfz-Mechanikern und Bischöfen, Unternehmern und Intellektuellen, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern. Nach weiblichen Gesprächspartnern mussten wir mehrfach sehr gezielt suchen – beim Thema Gleichberechtigung scheint in einigen Regionen Österreichs noch Luft nach oben zu sein. Im Brenner-Basistunnel haben wir uns mit eigenen, staunenden Augen davon überzeugen können, was für ein gigantisches Projekt hier Österreich, Deutschland und Italien gemeinsam in Angriff genommen haben, um den Verkehr im Alpenraum spürbar von der Straße auf die Schiene zu verlagern, auch wenn dies – wie vieles in Europa – noch viel Geduld und Hartnäckigkeit bis zur Fertigstellung brauchen wird. Im Südburgenland haben wir einer Schülerin zugehört, die sich darüber ärgert, dass ihr Bürgermeister den Bau einer Umfahrungsstraße für wichtiger hält als den Fortbestand der EU-rechtlich geschützten Zwergohreule. In der Sepp-Forcher-Stube in Werfenweng im Pongau haben wir drei Stunden lang über den Wolf diskutiert, den die 27 Regierungen der Mitgliedstaaten im Interesse der Biodiversität zu schützen beschlossen haben, während Almwirte durch Schafrisse ihre

Existenz gefährdet sehen. Im oberösterreichischen Strudengau besichtigten wir eine eindrucksvolle Aussichtsplattform, die der Stolz der Gemeinde ist, bei der aber die beachtliche EU-Förderung nur verschämt ausgewiesen ist. Und auch sehr Grundsätzliches kam bei unserer Tour zur Sprache: „Warum kriegt der Orban noch Geld“, beschwerte sich ein Bürger während einer Diskussion in einer Markthalle in Arnfels in der Südsteiermark. Schließlich: „Frieden“ – das war der Wunsch von Jugendlichen bei einem Sozialprojekt in Hohenems in Vorarlberg, die eigentlich recht wenig von Politik und Europa hielten, aber nach einem gemeinsamen Basketballspiel doch den Mut fanden, uns ihr Verständnis von Europa auf diese Weise sehr einprägsam mitzugeben.

Wir danken allen Gemeinderäten, Bürgermeistern, Landtagsabgeordneten, Landesräten, Landeshauptleuten, Nationalrats- und Bundesratsabgeordneten, Bundesministern und Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die uns auf unserer EU-Zukunftstour begleitet haben, einige sogar auf äußerst sportliche Weise. Wir danken den Österreichischen Bundesbahnen, deren EU-Lok uns und unsere Räder mehrfach ebenso verlässlich wie klimafreundlich befördert hat. Wir danken herzlich den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zehn Europe-Direct-Stellen in Österreich, die unsere Stationen vor Ort jeweils exzellent vorbereitet und mitgestaltet haben. Wir danken dem ganzen Team der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik für die freundschaftliche Zusammenarbeit. Und wir danken ganz besonders dem großartigen Team der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, das die EU-Zukunftstour initiiert und organisiert hat, allen voran Sabine Berger, Adina Hoffmann-Reumüller, Dafina Isheva-Göller und Karin Guttman.

Martin Selmayr

Leiter der Vertretung
der Europäischen Kommission
in Österreich

Paul Schmidt

Generalsekretär der
Österreichischen Gesellschaft
für Europapolitik

Post scriptum:

Für uns stehen noch viele Einladungen zur Diskussion aus, ob ins Vorarlberger Montafon, nach Osttirol, ins Salzkammergut, in die Oststeiermark, nach Westkärnten, nach Ried im Innkreis, nach Steyr oder nach Kittsee. Unsere Tour geht deshalb bis zum 9. Mai 2022 weiter.





© Vertretung der EU Kommission/APA-Fotoservice/Schedl

JUNGER AUFTAKT zur EU-Zukunftstour

Die Europäische Union macht die Anliegen junger Menschen zur Priorität, bei der EU-Zukunftsdebatte ebenso wie auf der EU-Zukunftstour. Und: 2022 wird das Europäische Jahr der Jugend.



© Vertretung der EU Kommission/APA-Fotoservice/Schedl

„Die Stärkung der Europäischen Union wird dann gelingen, wenn einerseits Entscheidungsträger auf junge Menschen hören. Und sich junge Menschen andererseits in die Gestaltung der Zukunft Europas einbringen.“ Das sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union am 15. September 2021, bei der sie ankündigte, dass 2022 das Europäische Jahr der Jugend wird. „Jugend – das bedeutet normalerweise – Entdeckung. Neue Erfahrungen zu sammeln. Freunde fürs Leben zu

treffen. Seinen eigenen Weg zu finden. Aber was haben wir den jungen Leuten von heute nicht alles abverlangt? Dass sie Abstand halten, dass sie nicht aus dem Haus gehen und dass sie nur zu Hause lernen dürfen“, ergänzte die Präsidentin. Auch deshalb müssen die Anliegen junger Menschen auf der EU-Prioritätenliste nun ganz oben stehen.

In diesem Sinn hat die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich junge Menschen ins Zentrum ihrer Aktivitäten gerückt – nicht nur auf der EU-Zukunftstour, bei der Besuche in Schulen und Ausbildungsstätten ein Fixpunkt sind, sondern auch im Rahmen der weiteren EU-Zukunftsdebatte. Diese ist für ein Jahr angesetzt und lädt ein, sich mit Ideen in die europäische Politikgestaltung einzubringen und heute das Europa von morgen zu gestalten.

Rund um den Europatag am 9. Mai, an dem die Konferenz zur Zukunft Europas gestartet ist, war es dem EU-Team ein Anliegen, gerade der Jugend eine Bühne zu bieten. Unterstützung kam von allerhöchster Ebene: Bundespräsident Alexander

Van der Bellen diskutierte bei einer hybriden Veranstaltung im Museumsquartier mit jungen Menschen aus allen österreichischen Bundesländern über ihre Erwartungen und Wünsche an Europa – wobei zum Beispiel die Forderung nach einem Fach „Klimakunde“ in Schulen aufkam. Die EU stehe auf internationaler Ebene für Multilateralismus und Zusammenarbeit, für Berechenbarkeit, für Rechtsstaatlichkeit und für Menschenrechte, unterstrich der Bundespräsident. Das alles sei nicht selbstverständlich und habe nur Bestand, wenn jüngere Leute entsprechend dahinterstehen. EU-Botschafter Martin Selmayr betonte, dass das Europa, an dem heute gebaut wird, den Bedürfnissen der nächsten Generationen entsprechen müsse. Deshalb sollen junge Menschen, ob Schüler oder Studierende, ob Lehrlinge oder Auszubildende, bei der EU-Zukunftsdebatte verstärkt zu Wort kommen und besonders Gehör finden.

Martin Selmayr hat weiters am 25. Mai bei einer Veranstaltung im österreichischen Bundesrat mit Jugendlichen über ihre Wünsche an Europa diskutiert. EU-Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Šuica war online dabei und motivierte die jungen Menschen in Österreich per Videobotschaft, sich an der EU-Zukunftsdebatte zu beteiligen.

Spannende Debatten in Alpbach

Einen idealen Rahmen für den Austausch mit jungen Menschen bietet das Europäische Forum Alpbach: EU-Finanzkommissarin Mairead McGuinness und Martin Selmayr diskutierten dort mit jungen Fachleuten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Und EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn stellte sich bei einem Kamingespräch zahlreichen Fragen der Stipendiaten.

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik hat 2021 neben Workshops an Berufsschulen, einer EU-Wanderausstellung für Schulen und Seminaren für Lehrende auch zahlreiche Online-Debatten für das junge Publikum angeboten.



© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Was wollen die Jugendlichen von Europa?

- *Erhaltung der natürlichen Lebensräume und effektiven Schutz von wilden Tieren und Pflanzen*
- *Verpflichtenden Unterricht in Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit an Schulen*
- *Ausbau von leistbaren Zugverbindungen innerhalb der EU, um echte Alternativen zum Flugverkehr zu schaffen*
- *Mehr Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die der historischen Chance für dauerhaften Frieden in Europa Rechnung trägt*
- *Gemeinsame Sicherheitspolitik innerhalb der Union*

Notizen aus der Diskussion mit Jugendlichen

Europäisches Jahr der Jugend

Ziel des Europäischen Jahres der Jugend ist es, EU-weit Veranstaltungen für junge Menschen anzubieten und Themen, die diese als ganz besonders wichtig erachten, in den Fokus der EU-Politik zu rücken. Zudem wird ein neues Austauschprogramm namens ALMA – kurz für Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen – gestartet. Es richtet sich gerade an jene jungen Frauen und Männer, die Probleme haben, Fuß zu fassen, weil sie zum Beispiel keinen Job finden. Ein Auslandsaufenthalt soll ihnen helfen, Kompetenzen zu sammeln, Kontakte zu knüpfen, das geeinte Europa hautnah zu erleben – und an alledem persönlich zu wachsen.

Laut einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik halten 8 von 10 Schülern die EU für eine gute Sache. Allerdings interessiert sich nur rund die Hälfte für europapolitische Entwicklungen. Das Europäische Jahr der Jugend will die Neugierde junger Menschen auf Europa wecken. Schließlich ist die Zukunft Europas ihre Zukunft.

Und so haben wir uns – beide geimpft – auf unsere Fahrräder geschwungen und in Städten und Gemeinden in allen neun Bundesländern das Gespräch gesucht.

Was stinkt Euch an Europa?
Was gefällt Euch an Europa?
Was können wir gemeinsam besser machen in Europa?

Mit diesen drei Fragen im Gepäck haben wir dieses Jahr 1.900 Radkilometer und noch mehr Bahnkilometer hinter uns gebracht und zwischen Bregenz und Güssing rund 650 Gespräche geführt.

Martin Selmayr Paul Schmidt



#DieZukunftGehörtDir



BERG, TAL UND TUNNEL: Europa auf allen Ebenen

Hoch hinaus führte die erste Etappe der EU-Zukunftstour: Von 24. bis 27. Juni 2021 waren Martin Selmayr und Paul Schmidt in Tirol unterwegs, um sich im Tal, am Berg – und auch darunter im Brenner-Basistunnel – über Europa auszutauschen.



Frei nach dem Motto „Europapolitik ist kein Spaziergang, sondern vielmehr eine Bergtour“ war Tirol das Ziel der ersten mehrtägigen Etappe der EU-Zukunftstour. Die Anreise erfolgte klimafreundlich mit der Europa-Lok der ÖBB. CEO Andreas Matthä war zum Bahnsteig gekommen, um den EU-Radlern viel Erfolg zu wünschen. Ebenso herzlich wie die Verabschiedung in Wien war der Empfang in Innsbruck, wo Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und Vertreter von Europe Direct das EU-Team am Bahnhof begrüßten.



Tirol weiß seine Lage im Herzen Europas zu nutzen, wie die touristische Bedeutung und die enge Zusammenarbeit mit Südtirol und Trentino im Rahmen der Europaregion zeigen. Gleichzeitig bringt die geografische Position Herausforderungen mit sich – Stichworte Transit und Grenzsicherungen in der Pandemie. Diese beiden Themen waren bei der EU-Zukunftstour Fixstärker: im Gespräch mit Passanten beim Europe-Direct-Infostand und Europaschirm in der Maria-Theresien-Straße ebenso wie bei der Diskussion mit Studierenden an der Universität Innsbruck und natürlich auch beim Treffen mit Landeshauptmann Günther Platter, der sich viel Zeit nahm, um mit den beiden Europa-Radlern über die grenzüberschreitende Arbeit in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino zu diskutieren.

Um den Lkw-Verkehr zunehmend von der Straße auf die Schiene zu verlagern, werden nicht nur alle Hebel, sondern auch Tonnen von Erdreich in Bewegung gesetzt – das konnten Martin Selmayr und Paul Schmidt bei einem Besuch der Baustelle des Brenner-Basistunnels unweit von Innsbruck sehen. 2032 sollen die ersten Züge durch den mehr als 55 Kilometer langen Eisenbahntunnel zwischen Innsbruck und Franzensfeste in Italien brausen, der von der EU mitfinanziert und Teil der europäischen Eisenbahnachse Berlin-Palermo wird.



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Lechner



Gemeinsamer Erfolg im Kampf gegen die Pandemie

Dass die Politik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene Herausforderungen erfolgreich meistern kann, wenn sie an einem Strang zieht, zeigte eine Bestandsaufnahme mit Ärzten und Politikern, darunter Gesundheitslandesrätin Annette Leja und Bürgermeister Hans Lintner, im Bezirk Schwaz. Um die Ausbreitung der südafrikanischen Corona-Mutation zu stoppen, wurde der Bezirk als erster in der EU durchgeimpft – mit 100.000 zusätzlichen Impfdosen, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen organisiert hatte. Die Corona-Pandemie und die Reaktionen darauf kamen auch beim Besuch des Bezirks Landeck zur Sprache – begleitet wurden Martin Selmayr und Paul Schmidt dabei unter anderem von Bundesrat Peter Raggl.

Was wollen die Tirolerinnen und Tiroler von Europa?

- *EU-Unterstützung im Hinblick auf die Eindämmung des Schwerverkehrs über die Alpen*
- *Fortschritte bei der Harmonisierung des Schienenverkehrs in Europa*
- *Vorbeugende Maßnahmen gegen einseitige Grenzsicherungen, so wie sie während der Pandemie passiert sind*
- *Ausreichend Spielraum für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von EU-Richtlinien – Stichwort Wolf*
- *Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im EU-Rat, z. B. in der Außenpolitik*

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Tirol

Gemeinsame Wanderungen mit Landwirten, Touristern, Almbetreibern, Politikern und jungen Menschen boten naturgemäß wunderschöne Ausblicke, aber vor allem wichtige Einblicke, was sich die Bürgerinnen und Bürger in Tirol von Europa erwarten und wo sie der Schuh drückt. Absolute Experten zu diesen Themen sind in der Regel die Bürgermeister. Insofern waren Gespräche wie im Naturpark Kaunergrat, wo sowohl Hans-Peter Bock, ehemaliger Bürgermeister von Fließ, als auch Nachfolger Alexander Jäger mit von der Partie waren, besonders wertvoll. Ein haariges Thema – der Wolf –



wurde im Piller Moor, auf der Gogles Alm, in Maria Waldrast und bei einer gemeinsamen Wanderung zur Bergstation Koppendeck ebenso leidenschaftlich diskutiert wie beim Abendessen in der „Gemse“ in Zams mit Landeshauptmann Günther Platter und dem Künstlerehepaar Julia und Tobias Moretti, das einen Bio-Bauernhof betreibt. Der Wolf wird von vielen in Tirol als Teil der zu erhaltenden Biodiversität geschätzt, von einigen aber gerade auf den Hochalmen als Bedrohung angesehen. Martin Selmayr und Paul Schmidt erklärten, welchen Spielraum das EU-Recht den Regionen im Umgang mit dem Vierbeiner einräumt.

Die Tour durch Tirol zeigte einmal mehr, wie wichtig es ist, über Europa zu sprechen und ins Bewusstsein zu rufen, dass EU-Politik nicht nur in Brüssel und Straßburg, sondern ebenso in Innsbruck, Zams, Schwaz und Landeck gemacht wird und gemeinsam vieles erreicht werden kann. Nach drei Tagen in Tirol ging es mit Rad und Bahn weiter in die Steiermark – mit wertvollen Ideen für die EU-Zukunftsdebatte im Gepäck.



Jozef Vasak,
stv. Leiter Wirtschaft & Soziales
Vertretung der Europäischen
Kommission

Der Alpentransit kommt auf die Schiene

WELCHES SIND DERZEIT DIE WICHTIGSTEN PROJEKTE MIT EU-BETEILIGUNG IN ÖSTERREICH?

Die Europäische Union setzt sich intensiv für eine nachhaltige und klimafreundliche Verkehrspolitik ein, die darauf abzielt, den Transitverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Vor diesem Hintergrund investiert die Europäische Union seit vielen Jahren in moderne und leistungsfähige Bahninfrastruktur – auch in Österreich. Zu den wichtigsten im Bau befindlichen Projekten zählt der Brenner-Basistunnel, der die Reise- und Transportmöglichkeiten in der Alpenregion markant verbessern und, inklusive Zulaufstrecken, zur längsten unterirdischen Eisenbahnverbindung der Welt wird. Ein weiteres bedeutendes Infrastrukturprojekt ist die Koralmbahn, welche die Steiermark und Kärnten rasch und sicher verbinden wird.

WIE STARK WERDEN DIESE PROJEKTE VON DER EU FINANZIELL UNTERSTÜTZT?

Die EU fördert den Brenner-Basistunnel mit etwa 1,2 Milliarden Euro. Damit handelt es sich EU-weit um das am stärksten unterstützte Infrastrukturprojekt. In den Ausbau der Koralmbahn fließen aus dem EU-Budget 57 Millionen Euro und zusätzliche 542 Millionen Euro aus dem europäischen Aufbauinstrument *NextGenerationEU*.

WIEVIEL INVESTIERT DIE EU INSGESAMT IN DEN AUSBAU DES GÜTERVERKEHRS AUF DER SCHIENE?

Zwischen 2014 und 2020 hat die EU über die Fazilität *Connecting Europe* insgesamt 23 Milliarden Euro in die transeuropäische Verkehrsinfrastruktur investiert, etwa zwei Drittel davon in Bahnprojekte. Für den Zeitraum 2021–2027 ist *Connecting Europe* mit einem Budget von rund 26 Milliarden Euro ausgestattet. 60 Prozent dieses Betrags sind für Maßnahmen vorgesehen, die zum Klimaschutz beitragen, also zum Beispiel den Bahnausbau. Auch mithilfe des EU-Aufbauinstruments *NextGenerationEU* können die Mitgliedstaaten in die Bahninfrastruktur investieren. Zudem bietet die Europäische Investitionsbank günstige Kredite für die Modernisierung des Schienennetzes.

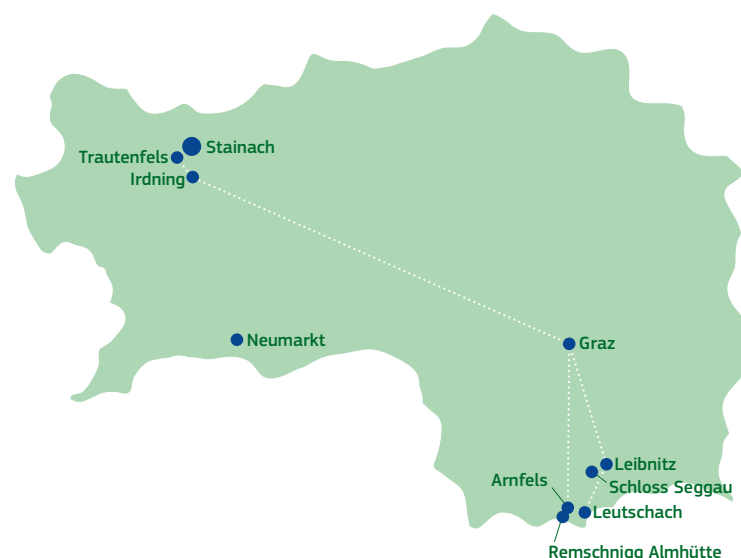




AUF DEN SPUREN EUROPAS: vom Grenzgebiet bis zum Mars

Von 27. bis 30. Juni 2021 tourten Martin Selmayr und Paul Schmidt quer durch die Steiermark. Binnen weniger Tage haben die Europa-Radler thematisch tausende Kilometer zurückgelegt und sich von der steirisch-slowenischen Grenze bis hinauf zum Mars bewegt.

Die Steiermark ist nicht nur das grüne Herz, sondern auch die innovative Ader Österreichs: Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen rund 5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Damit zählt das Bundesland EU-weit zu den Spitzenreitern. EU-Fördergelder werden in der Steiermark in weltweit erfolgreiche Forschung umgemünzt – was diese bringt, konnten Martin Selmayr und Paul Schmidt bei einem Besuch der Technischen Universität Graz sehen. Steirisches Know-how ermöglicht es, Helikopter auf dem Mars fliegen zu lassen und eines Tages Autos zu produzieren, die um die Ecke blicken können.



© Land Steiermark/Foto Fischer

Was wollen die Steirerinnen und Steirer von Europa?

- *Sicherung der Rechtsstaatlichkeit*
- *Aufwertung der Pflegeberufe in der EU und stärkerer Fokus auf Gesundheit*
- *Kunst und Kultur als Motor der europäischen Integration begreifen*
- *Forschungsförderung forcieren und Know-how-Verlagerung vorbeugen*
- *Aufwertung des ländlichen Raums und Maßnahmen gegen Abwanderung*

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in der Steiermark

Innovation steckt in der Steiermark mancherorts auch in Pflanzen, zum Beispiel in der Höheren Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft Raumberg-Gumpenstein. Dort tauschten sich die EU-Radler mit Schülern über Europa aus und wanderten thematisch quer durch den Gemüsegarten. Die Diskussion drehte sich um Migrationspolitik, Rechtsstaatlichkeit und Klimaschutz ebenso wie um Tierschutz und die Frage, wie die EU der Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten entgegenwirken

kann. Ähnliche Themen kamen am Vorabend bei einem Essen auf Schloss Trautenfels auf, an dem Nationalratsabgeordnete Corinna Scharzenberger, Wirtschaftstreibende, Regionalpolitiker, Sozialpartner, Schuldirektoren sowie Gastgeberin und Museumsleiterin Katharina Krenn teilnahmen.

Auch das soziale Europa ist den Menschen in der Steiermark ein großes Anliegen. Die Schüler der Gesundheits- und Krankenpflegeschule des Landeskrankenhauses Graz, die Martin Selmayr und Paul Schmidt trafen, sind ein aktiver Teil davon und wünschen sich mehr europäische Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Klar ist, dass es mehr Anerkennung für die Berufsgruppe bedarf – und das nicht erst seit der Corona-Pandemie.

Kommentare statt Kanonen

Ein Thema kam gerade bei den jungen Menschen immer wieder auf, insbesondere bei einer gemeinsamen Wanderung im österreichisch-slowenischen Grenzgebiet: der Frieden in Europa und wie er bewahrt werden kann. Die Gespräche am Grenztisch in Leutschach und Begegnungen mit den Menschen aus Arnfels haben gezeigt, wie präsent die Erinnerungen an den Slowenienkrieg 1991 noch sind. Einigkeit herrschte darüber, dass es wohl die größte Errungenschaft des vereinten Europas ist, dass Nationalstaaten nicht mehr aus Schützengräben heraus aufeinander schießen. Wenn es heutzutage einmal kracht, dann in der Regel per Faustschlag auf den grünen Tisch oder in Form von Änderungen und Kommentaren in Word-Dokumenten.

Besorgt gezeigt haben sich viele Bürgerinnen und Bürger in der Steiermark über die Tatsache, dass sich die Rechtsstaatlichkeit in etlichen EU-Ländern in einer Krise befindet. Wiederholt tauchte die Frage auf: „Warum kriegt der Orban noch Geld?“ Auf den ersten Blick erscheint es als logischer Reflex, Staaten, welche die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verletzen, die Fördergelder zu streichen. Auf den zweiten Blick ist die Lage allerdings komplexer, wie Martin Selmayr und Paul Schmidt unter anderem bei einem Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern in der Markthalle Arnfels erklärten. Viele EU-Mittel gehen nicht an die Regierung, sondern beispielsweise an Regionen und gemeinnützige Organisationen, die wichtige Arbeit im Land leisten.

Die aktuellen Herausforderungen für Europa, was diese für die Region bedeuten und die neue „Europastrategie Steiermark“ waren auch Thema einer Diskussion im ORF-Landesstudio. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, sein Stellvertreter Anton Lang und die EU-Abgeordnete Simone Schmiedtbauer stellten sich gemeinsam mit den beiden Europa-Radlern den Fragen von Chefredakteur Wolfgang Schaller.

In der Steiermark hat sich auch wieder – auf sehr schmackhafte Weise – bewiesen, dass in jeder Krise eine Chance steckt: Als der Frost 2016 einen Großteil der Ernte der Weinbauschule Silberberg vernichtete, haben befreundete Schulen aus Südtirol und Württemberg ausgeholfen. Aus der Hilfe in der Not wurde das langfristige Projekt „Netzwerkwein“ – eine europäische Lösung mit starkem Abgang.



© Johannes Steinbach



Insgesamt haben die Begegnungen in der Steiermark gezeigt, dass europäische Politik auf unterschiedlichste Weise vor Ort wirkt, egal ob als Forschungsförderung oder als Initiative Neues Europäisches Bauhaus, die Thema einer Diskussion mit Kulturschaffenden war. Europa kommt allerdings nur dann wirklich bei den Menschen an, wenn europäische, nationale und regionale Ebene an einem Strang ziehen und den Wert Europas gemeinsam vermitteln. Eine wertvolle Arbeit in dieser Hinsicht leistet das Europe-Direct-Zentrum vor Ort, das EU-Kommissar Johannes Hahn im Mai 2021 gemeinsam mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer besucht hatte.



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Ferlin-Fiedler



Wolfgang Bogensberger,
stv. Leiter, Vertretung
der Europäischen Kommission

Europas Ringen um Rechtsstaatlichkeit

WARUM IST RECHTSSTAATLICHKEIT IN DER EU SO WICHTIG?

Die Rechtsstaatlichkeit ist von grundlegender Bedeutung für das Funktionieren der EU und für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentlichen Institutionen. Die EU stützt sich auf gemeinsame Werte, zu denen die Achtung der Grundrechte, Demokratie und Freiheit gehören. Rechtssicherheit, Gewaltenteilung, Gleichheit vor dem Gesetz, Verpflichtung von Behörden, sich an das Gesetz zu halten, ein wirksamer Rechtsschutz durch unabhängige und unparteiische Gerichte – all das ist eine der größten Stärken der EU.

WAS BRINGT SIE MIR?

Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger haben nur wenig Wert, wenn sie nicht europaweit von einer unabhängigen Justiz geschützt werden. Zwei Beispiele: Wenn man etwas in einem anderen EU-Staat online bestellt, dann möchte man nicht betrogen werden und sich im Streitfall an ein Gericht wenden können, das unabhängig von staatlichen Wünschen seine Entscheidung allein auf Grundlage des Rechts treffen kann. Wer in einem anderen EU-Land einen Verkehrsunfall verursacht, möchte darauf vertrauen, dass dies in einem fairen Gerichtsverfahren abgehandelt wird. Die jeweiligen Richterinnen und Richter in den EU-Staaten sind nämlich nicht nur nationale Richter, sondern auch europäische, wenn sie EU-Recht anwenden.

WAS TUT DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION, UM RECHTSSTAATLICHKEIT ZU GEWÄHRLEISTEN?

Der Respekt und die Pflege der Rechtsstaatlichkeit in Europa sind eine gemeinsame Aufgabe. Sie brauchen die permanente Unterstützung nicht nur von europäischen Stellen, sondern vor allem auch von den EU-Staaten, von den Regionen, von den Gemeinden und besonders auch von Seiten der Zivilgesellschaft. Wir brauchen in Europa eine allumfassende Kultur der Rechtsstaatlichkeit. Die Europäische Kommission tritt tatkräftig dafür ein, dass die europäischen Werte überall in der EU geachtet werden. Dazu steht sie in einem intensiven **Dialog** mit allen EU-Staaten, um Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Ferner führt die Europäische Kommission zahlreiche **Vertragsverletzungsverfahren** gegen EU-Staaten vor dem Europäischen Gerichtshof, auch um die Einhaltung der Spielregeln des Rechtsstaates zu gewährleisten. Das politische Verfahren nach **Artikel 7** des Unionsvertrags vor dem Rat der EU hat den Zweck, systemische Bedrohungen oder Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit abzustellen. Ein solches Verfahren hat die Europäische Kommission bereits 2017 betreffend Polen angestrengt. Im Rat der EU ist noch ein weiteres Artikel-7-Verfahren anhängig, und zwar betreffend Ungarn, das 2018 vom Europäischen Parlament eingeleitet wurde. Des Weiteren erstellt die Europäische Kommission jährlich einen **Bericht über die Rechtsstaatlichkeit** für jeden einzelnen EU-Staat. Und schließlich bereitet die Europäische Kommission derzeit auch noch die Anwendung der budgetrelevanten **Konditionalitätsregelung** vor, die zum Stopp von EU-Subventionen führen kann, wenn Rechtsstaatsverstöße in einem EU-Staat den europäischen Haushalt zu beeinträchtigen drohen.



© Tina Obermoser

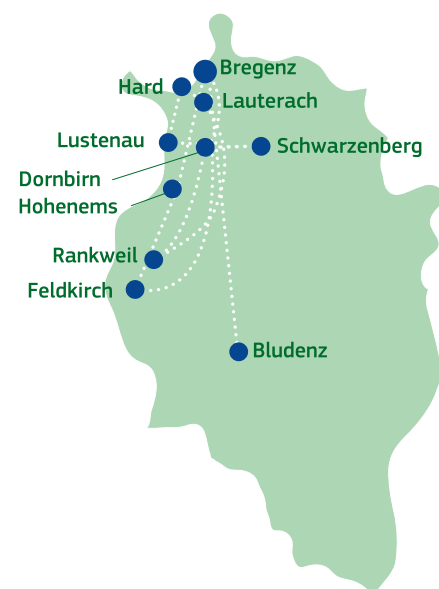


EUROPÄISCHE Grenzerfahrungen im Westen

Von 17. bis 21. Juli 2021 waren Martin Selmayr und Paul Schmidt in Schwarzenberg, Dornbirn, Hohenems, Lauterach, Hard, Lustenau, Bregenz, Feldkirch und Bludenz unterwegs. Dabei waren die Herausforderungen im Hinblick auf die Lage Vorarlbergs und Nachhaltigkeit zwei zentrale Themen.

Ein Pressegespräch in Dornbirn bildete den offiziellen Auftakt der EU-Zukunftstour durch Vorarlberg, wobei Martin Selmayr und Paul Schmidt von Schwarzenberg über das Bodele angeradelt kamen. Im Dornbirner Rathaus stellten sie sich dann gemeinsam mit der EU-Abgeordneten Claudia Gamon und Bürgermeisterin Andrea Kaufmann Journalistenfragen zu aktuellen europäischen Herausforderungen und der EU-Stimmung im „Ländle“. Claudia Gamon hatte die EU-Radler bereits vor dem offiziellen Start der Vorarlberg-Etappe im Bregenzerwald zum Wandern getroffen, wo das EU-Trio gemeinsam Wind und Wetter trotzte.

Davon, dass sich Vorarlberg auf vielfältige Weise mit Europa auseinandersetzt, zeugt das Projekt „Europaplätze“ in Hohenems. Einer davon ist die grüne Grenze am Alten Rhein, zu der Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums in Hohenems, Martin Selmayr und Paul Schmidt begleitete. Im geschichtlichen Kontext hatte der grüne Grenzübergang eine große Bedeutung. Er war für viele jüdische Menschen vor und während des Zweiten Weltkriegs ein Fluchtpunkt und möglicher Weg in die Freiheit – und ins Überleben. Um die Lehren aus der Vergangenheit und welche Handlungen das heutige Europa daraus ableiten sollte, ging es auch



beim Austausch mit Kulturschaffenden im Jüdischen Museum. Kritik ertönte unter anderem an der Krise der Rechtsstaatlichkeit in einigen EU-Mitgliedstaaten.

Die Grenzen zu den Nachbarländern, insbesondere zur Schweiz, haben auch gegenwärtig einen starken Einfluss auf das Leben in Vorarlberg, wie Unternehmer und Wirtschaftsvertreter gegenüber Martin Selmayr und Paul Schmidt bei einem Treffen am Vetterhof – dem Bio-Bauernhof von Simon Vetter – betonten. Sie äußerten Sorgen hinsichtlich des Fachkräftemangels und Wünsche nach einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen der EU und der Schweiz, nach EU-Handelsabkommen sowie nach einer engagierten europäischen Förderpolitik, die auch kleineren Projekten ohne allzu viel Bürokratie eine Chance gibt. An welchen Schrauben Vorarlberger Unternehmer drehen, um in Europa und darüber hinaus erfolgreich zu sein, zeigte ein Besuch beim Radhersteller Simphon in Hard. Dabei kamen auch die aktuellen Lieferengpässe bei eBikes und Überlegungen, die Produktion von Carbon-Fahrradrahmen von Asien nach Europa zu verlagern, zur Sprache.

EU-Experten vor Ort

Sowohl Unternehmen als auch Bürgerinnen und Bürger können sich bei Fragen rund um die EU an Europe Direct in Bregenz wenden. Um offiziell die neue Ära der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und Vorarlberg einzuläuten, enthüllten Landeshauptmann Markus Wallner und Martin Selmayr eine neue Tafel am Europe-Direct-Zentrum in Bregenz. Einen tiefen Einblick in die Themen, welche die Menschen in Vorarlberg in Bezug auf Europa bewegen, haben naturgemäß auch die EU-Gemeinderäte, mit denen sich die EU-Radler in Bregenz austauschten – begleitet von Landtagspräsident Harald Sonderegger.

Dass Regionalität, Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Vorarlberg großgeschrieben werden, davon konnten sich Martin Selmayr und Paul Schmidt beim Verkehrsverbund ein Bild machen, der auf E-Busse und Mobilitätskonzepte



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Mathis



Was wollen die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger von Europa?

- *Besseres Grenzmanagement in Krisenzeiten, auch mit der Schweiz*
- *Ausbau des Europäischen Bahnnetzes und der Elektromobilität*
- *Europäische Strategie gegen den Fachkräftemangel*
- *Vereinfachung der Anträge für EU-Förderungen*
- *Gemeinwohlaufgaben bei EU-Förderungen; Beispiel: Ein Hotel, dessen Renovierung gefördert wird, soll alte Möbel an Sozialprojekte verschenken*

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Vorarlberg



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Mathis

mit Fahrrädern und Car-Sharing setzt, und ebenso in der Fabrik Klarenbrunn in Bludenz. Bis 2015 wurden dort Textilien produziert, heute werden auf dem Gelände kreative Ideen gesponnen. Zudem ist die ehemalige Fabrik Sitz nachhaltiger Unternehmen. Die EU-Radler besuchten die Kōje, wo im Rahmen eines innovativen Arbeitszeitmodells Betten und Möbel aus Zirbe hergestellt werden, den Carla Store, der – als Projekt der Caritas – Second-Hand- und Vintage-Waren verkauft, und SANlight, Spezialist für effiziente LED-Leuchten, um zu hören, was die Geschäftsführung und die Mitarbeiter von Europa erwarten.

Von einem Gespräch mit Vertretern von Umweltverbänden und Fridays for Future nahmen Martin Selmayr und Paul Schmidt ebenfalls wertvolle Inputs für die EU-Zukunftsdebatte mit in den Zug zurück nach Wien – vor allem im Hinblick auf den europäischen Grünen Deal, der Europa bis spätestens 2050 klimaneutral machen soll. Vorarlberg zeigt vor, wie das zu schaffen ist: Die Art und Weise, wie viele Menschen und Unternehmen in Vorarlberg Nachhaltigkeit und grüne Innovationen in den Alltag integrieren, hat Modellcharakter für die grüne Wende in Europa.



© Land Vorarlberg



Johanna Edthofer, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Europa auf dem Weg zur Klimaneutralität

WAS IST DER EUROPÄISCHE GRÜNE DEAL?

Der europäische Grüne Deal ist der Fahrplan, mit dem die EU bis spätestens 2050 klimaneutral werden soll. Um das zu erreichen, haben sich die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Netto-Treibhausgasemissionen bereits bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 zu senken. Der Grüne Deal ist gleichzeitig Europas Wachstumsstrategie, da er neue Geschäftsfelder eröffnet und massive Anreize für Innovation setzt. Er berührt sämtliche Lebensbereiche, von der Industrie über Energie und Gebäude bis zu Verkehr und Landwirtschaft. EU-Mittel helfen den Mitgliedstaaten und Regionen dabei, den grünen Wandel zu bewerkstelligen.

WAS BEDEUTET ER FÜR ÖSTERREICH?

Die EU-Mitgliedstaaten – darunter auch Österreich – sind gefordert, auf nationaler Ebene ehrgeizige Maßnahmen zu ergreifen, um die gemeinsam gesteckten Klimaziele zu erreichen. Österreich geht mit gutem Beispiel voran und plant schon bis 2030 den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbaren Strom. Die Klimaneutralität soll hierzulande bereits bis 2040 erreicht werden.

WAS HAT DAS KLIMATICKET MIT EUROPA ZU TUN?

Seit dem 26. Oktober 2021 gibt es ein kostengünstiges, österreichweit gültiges Ticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel. Das „Klimaticket Ö“ ist ein Modellprojekt für Europa und leistet einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals. Zudem ist es als wichtige Reform im österreichischen Aufbauplan verankert, an dessen Umsetzung 3,5 Milliarden Euro an EU-Zuschüssen geknüpft sind.



© Land Vorarlberg



© Karlheinz Kindler



© Land Vorarlberg



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Mathis



EUROPA GEMEINSAM auf Schiene bringen

Von 5. bis 7. September 2021 stand für Martin Selmayr und Paul Schmidt Oberösterreich auf dem Programm. Prominente Themen waren Mobilität und Klimaschutz und die Überwindung der Corona-Pandemie.



Die Oberösterreich-Etappe von Martin Selmayr und Paul Schmidt startete mitten im Geschehen: In Linz besuchten sie den Informationstag von Europe Direct Oberösterreich. Dort tauschten sie sich mit Vertretern von Jugendorganisationen und auch mit Unternehmern aus, deren Projekte und Innovationen EU-Unterstützung erhalten hatten. Eine natürliche Anziehungskraft übte „My Esel“, ein Hersteller von Holzrädern, auf die EU-Radler aus. Eine Testfahrt war natürlich ein Muss.

Auch ein anderes kreatives Gefährt erregte Aufmerksamkeit: das „Europa.Cafe“. Dabei handelt es sich um eine EU-gebrandete Piaggio Ape mit professioneller Kaffeemaschine. Die zehn österreichischen Europe-Direct-Stellen touren während der wärmeren Jahreszeiten durch Österreich, schenken an öffentlichen Plätzen Kaffee aus und plaudern über Europa – frei nach dem Motto: „Europa ist auch Dein Kaffee“. Die gute Zusammenarbeit zwischen dem Land Oberösterreich und der Europäischen Kommission wurde 2021 verlängert, was Landeshauptmann Thomas Stelzer, Landesrat Markus Achleitner und Martin Selmayr mit der Enthüllung einer Tafel am Europe-Direct-Zentrum in Linz feierten. Eine spannende Debatte über die künftige Gestaltung unseres Kontinents führten die beiden EU-Radler auch bei einem gemeinsamen Essen mit dem ehemaligen EU-Abgeordneten Josef Weidenholzer.

Nicht mit einem Holzrad von „My Esel“, sondern mit dem eigenen Drahtesel ging es von Linz entlang der Donau nach Grein, wo sich die EU-Radler mit Bürgermeistern und Gemeinderäten austauschten. Dabei kam der Plan auf, einer Schulklasse aus der Region einen Besuch der EU-Institutionen in Brüssel zu ermöglichen. Die Vertretung der Europäischen Kommission hat diesen nun für Juni 2022 organisiert – vorausgesetzt natürlich, die Pandemie-Lage lässt dies zu. Ein weiteres Versprechen betraf das Stadttheater Grein, das als das älteste weitgehend im Originalzustand erhaltene Stadttheater Österreichs gilt. Dieses wird gerade saniert und sobald es seine Türen wieder öffnet, wollen die EU-Radler einer Vorstellung beiwohnen.

Der Besuch in Grein war nicht nur mit europapolitischen, sondern auch mit geografischen Ausblicken verbunden: So besuchten Martin Selmayr und Paul Schmidt gemeinsam mit EU-Gemeinderat Lothar Pühringer und weiteren Europa-Interessierten die Gobelwarte, die einen Rundblick über den Strudengau bietet, den Motorikpark für Jung und Alt sowie den Planetenweg, der das Sonnensystem im kleinen Maßstab nachbildet. Diese Initiativen erhielten Mittel aus dem EU-Leader-Programm, das die Entwicklung des ländlichen Raums fördert, und sie zeigen, wie wichtig gerade kleinere Projekte für die europäische Bewusstseinsbildung vor Ort sind. Martin Selmayr betonte, dass es genau aus diesem Grund unerlässlich ist, Projekte, in denen EU-Mittel stecken, sichtbar zu kennzeichnen – Stichwort Kommunikation statt Diskretion.



Was wollen die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher von Europa?

- Globale Vorreiterrolle beim Kampf gegen den Klimawandel
- Ausbau der Wasserstoff-Technologie und mehr Förderungen für den öffentlichen Verkehr
- „Made in Europe“: Mehr Autonomie im Hinblick auf Lieferketten
- Verringerung des bürokratischen Aufwands beim Austauschprogramm Erasmus+
- Entschlossenes Vorgehen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Oberösterreich

Mobilität und Klimapolitik unter den Top-Themen

Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das tägliche Leben kamen in Oberösterreich oft zur Sprache. Kritik gab es an den von einigen Mitgliedstaaten während der Corona-Pandemie einseitig angeordneten Grenzkontrollen und Reisebeschränkungen. Viele Menschen berichteten im September auch mit Sorge von der im Land ungewöhnlich starken Positionierung der Impfgegner, die eine Durchimpfung der Bevölkerung verlangsamt hat. Die EU-Radler betonten einmal mehr, dass in Europa mehr als genügend Impfstoff zur Verfügung steht, um alle Menschen zu impfen und so einen starken Schutz zu gewährleisten.



Zu den thematischen Fixsternen der Gesprächsrunden in Oberösterreich zählten Mobilität und Klimapolitik, insbesondere auch die Frage nach einer sozial gerechten Ausgestaltung der notwendigen Klimawende. Diesbezüglich gab es einige Wochen nach der EU-Zukunftstour durch das Bundesland zwei gute Nachrichten: Erstens wurde am 26. Oktober das „Klimaticket Ö“ eingeführt, das auch im Rahmen des EU-Aufbauplans unterstützt wird. Zweitens erfolgte im November der Spatenstich zur Modernisierung der Bahnstrecke zwischen Marchtrenk und Wels. Vier statt bisher zwei Gleise werden zukünftig für mehr Kapazitäten und ein schnelleres Reisetempo auf der stark ausgelasteten Weststrecke sorgen. Die EU fördert das Projekt, das einen erheblichen Engpass auf der Rhein-Donau-Achse beseitigen wird – und nicht nur das. Die EU will bis spätestens 2050 klimaneutral werden. Auch vor diesem Hintergrund ist es höchste Eisenbahn für den Ausbau des Schienennetzes, unterstrich Martin Selmayr, der zum Spatenstich nach Wels gekommen war – natürlich mit der Bahn.



Stefan Schaller, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Europas Zukunft gemeinsam gestalten

WORUM GEHT ES BEI DER EU-ZUKUNFTSDEBATTE?

Die EU-Zukunftsdebatte wird von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten gemeinsam organisiert. Sie läuft von Mai 2021 bis Mai 2022 und soll die EU fit für die großen Herausforderungen machen: vom Klimawandel über die Corona-Pandemie, die Migration und den digitalen Wandel bis hin zur Arbeit an einem sozialeren Europa und der Stärkung der Rolle Europas in der Welt. Alle EU-Bürgerinnen und -Bürger sind – auch über eine mehrsprachige Online-Plattform – eingeladen, ihre Vorstellungen, Projekte und Visionen einzubringen und so den abschließenden Bericht mit Empfehlungen zur Zukunft Europas mitzugestalten.

WIE KANN ICH MICH EINBRINGEN?

Zentrales Element der EU-Zukunftsdebatte ist eine gemeinsame und mehrsprachige Online-Plattform, auf der alle Interessierten ihre Ideen einbringen, Veranstaltungen organisieren, sich miteinander austauschen und vernetzen können. Alle Infos auf: <https://futureu.europa.eu/?locale=de>

WIE TRÄGT DIE RADTOUR DURCH ÖSTERREICH ZUR EU-ZUKUNFTSDEBATTE BEI?

Die Europäische Kommission und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik sind seit Mai 2021 quer durch alle Bundesländer klimafreundlich mit Rad und Zug unterwegs, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen und Ideen für die Zukunft Europas zu sammeln. Mehr als 650 persönliche Begegnungen brachten eine Vielzahl an konkreten Anregungen und Wünschen zutage, die in die EU-Zukunftsdebatte einfließen werden.

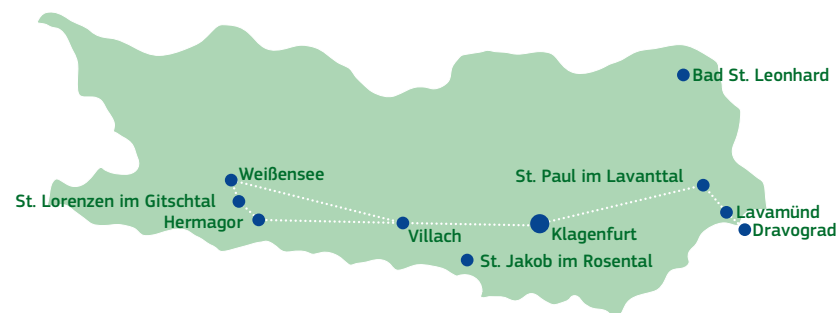




ERKUNDUNGSTOUR rund um das europäische Silicon Valley

Die EU-Zukunftstour durch Kärnten hatte einen besonderen Schwerpunkt: die Rede zur Lage der Union von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Um diese auch verstärkt

Von 13. bis 17. September 2021 radelten Martin Selmayr und Paul Schmidt durch Kärnten, um vor Ort über die Lage der Union von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu diskutieren. Die Rede enthielt mit dem EU-Chip-Gesetz eine wichtige Ankündigung für das südlichste Bundesland.



in den Regionen zu thematisieren, diskutierten Martin Selmayr und Paul Schmidt gemeinsam mit Landeshauptmann Peter Kaiser und Barbara Lesjak, Vizepräsidentin des Europahauses Klagenfurt, am 15. September bei einer Pressekonferenz über aktuelle Herausforderungen und Chancen der EU-Mitgliedschaft aus der Sicht Kärntens. Der Landeshauptmann betonte, dass Kärnten seit dem EU-Beitritt Österreichs rund

besonders großer Relevanz: das europäische Chip-Gesetz zur Stärkung der Halbleiterindustrie. Denn das Bundesland entwickelt sich zunehmend zum Silicon Valley Europas. Das zeigten zum Beispiel Besuche von Lam Research – das Unternehmen optimiert Prozess- und Fertigungsanlagen für die Chip-Industrie – und dem Spitzenforschungszentrum Silicon Austria Labs. Winzige elektronikbasierte Systeme verkörpern dort Innovation und EU-gefördertes Know-how. Für personellen Nachwuchs sorgt die Fachhochschule Kärnten, wo Martin Selmayr und Paul Schmidt mit Lehrenden und Studierenden debattierten. Ein perfektes Timing ist Infineon

3 Milliarden Euro an EU-Mitteln erhalten hat – mehr als ein Jahresbudget des Landes. Im Anschluss an die Veranstaltung haben Landeshauptmann Peter Kaiser und Martin Selmayr eine neue Tafel am Europe-Direct-Zentrum in Klagenfurt enthüllt.

Eine von der EU-Kommissionspräsidentin in ihrer Rede angekündigte Schlüsselinitiative ist für Kärnten von

Austria gelungen: Wenige Tage nach der Ankündigung des Chip-Gesetzes, das den Anteil Europas am globalen Halbleiter-Markt von derzeit etwa 10 Prozent bis 2030 auf 20 Prozent verdoppeln soll, ging am Standort Villach eine neue High-Tech-Chipfabrik in Betrieb. Martin Selmayr war bei der Eröffnungsfeier dabei und betonte, dass die europäische Chip-Offensive nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch die Souveränität unseres Kontinents stärken wird.

Auf den anderen Stationen der Kärnten-Etappe wich der Anzug der Radlerhose – etwa auf einer Tour von St. Paul im Lavanttal über Lavamünd bis ins slowenische Dravograd, bei der Martin Selmayr und Paul Schmidt von den Bürgermeistern Stefan Salzmann und Wolfgang Gallant sowie von EU-Gemeinderäten begleitet wurden. Auf der Strecke besichtigten die EU-Radler das Koralmtunnel-Projekt und sprachen mit Bauarbeitern über deren Anliegen an Europa. Der Tunnel – er wird sowohl aus dem EU-Budget als auch im Rahmen des EU-Aufbauplans gefördert – wird die Bahnfahrt zwischen Klagenfurt und Graz auf 45 Minuten verkürzen.

Thematische Baustellen, an denen Europa mit Hochdruck arbeitet, standen im Zentrum vieler weiterer spannender Begegnungen in Kärnten, darunter eine Audienz bei Diözesanbischof Josef Marketz, ein Abendessen mit Landes- und Regionalpolitikerinnen in Klagenfurt, ein Austausch mit Wirtschaftsvertretern und ein Treffen mit der Kärntner Konsensgruppe, die Dialog- und Versöhnungsarbeit leistet und entscheidend zur Lösung des Ortstafelstreits beigetragen hat. Die Themenpalette reichte von den hohen Energiekosten und Leistbarkeit und Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit bis zu EU-

Was wollen die Kärntnerinnen und Kärntner von Europa?

- Einführung eines Europäischen Klimatickets
- EU-Förderung für kleine, grenzüberschreitende Projekte erleichtern, z. B. durch Pauschalbeträge
- Kontrollsysteme für EU-Agrarförderungen mit notwendiger Flexibilität ausstatten
- Duales Ausbildungssystem auf EU-Ebene forcieren
- Stärkere Förderung innovativer Unternehmen im IT-Bereich und leichter Zugang zu Risikokapital

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Kärnten



Förderungen. Wie vielfältig und gewinnbringend die EU-Subventionen sind, aber auch an welche Kontrollen deren Auszahlungen geknüpft sind und welcher Aufwand damit gerade für kleinere Betriebe verbunden ist, kam bei einem Besuch eines Bauernhofes im Gitschtal prominent zur Sprache. Ebenso betont wurde die Dringlichkeit der Umsetzung einer EU-Richtlinie, die für mehr Fairness entlang der Lebensmittelkette sorgt.



Wetterfeste EU-Radler

Dass Europa keine Schönwetterveranstaltung ist, stellten Martin Selmayr und Paul Schmidt in Oberkärnten unter Beweis: Bei Regen ging es von Hermagor bis zum Weißensee – begleitet von wetterfesten Mitradlern von Europe Direct und der EU-Kommissionsvertretung. In der Gemeinde Weißensee tauschte sich das Team dann mit Bürgermeisterin Karoline Turnscek über verschiedene Aspekte der EU-Politik aus, insbesondere auch im Hinblick auf den nachhaltigen Tourismus und den Umweltschutz.



Die Erfahrung, dass europäische Themen in Kärnten sehr präsent sind, machte auch Wolfgang Bogensberger, stellvertretender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission. Er diskutierte bei einem Bürgerdialog in Bad St. Leonhard im Lavanttal Ende September gemeinsam mit Landeshauptmann Peter Kaiser und EU-Parlamentsvizepräsident Othmar Karas über die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger für Europas Zukunft. Die österreichischen Bundesländer nehmen eine wichtige Rolle bei deren Gestaltung ein, denn es sind schließlich die Regionen, wo Europa im Alltag gelebt wird – egal, ob in Form von EU-unterstützter Innovation oder durch den Bau eines EU-geförderten Bahntunnels.



© Stadtgemeinde Bad St. Leonhard



© Johannes Maier



Hatto Käfer,
Leiter Wirtschaft & Soziales,
Vertretung der Europäischen
Kommission

Europa und seine Landwirte

WAS HABEN ÖSTERREICHS LANDWIRTE VON DER EU?

In der EU ist die Verantwortung für die Landwirtschaft auf die europäische Ebene übertragen worden, und das mit gutem Grund: Ein geeinter Markt sorgt für faire Bedingungen und verhindert einen Wettlauf an Subventionen und gegenseitigen Markthindernissen. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU garantiert ein angemessenes Einkommen, effiziente und umweltschonende Produktion und steht der Landwirtschaft bei Krisen und Katastrophen zur Seite.

TUT DIE EU ETWAS GEGEN DUMPINGPREISE FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTE?

Die EU hat im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) ein Agrarabkommen abgeschlossen. Es beschränkt handelsverzerrende Subventionen für Agrarprodukte wie z. B. Preisstützungen oder Exporterstattungen. In gerechtfertigten Ausnahmefällen dürfen Schutzzölle erhoben werden, sodass europäische Landwirte vor Dumping umfassend geschützt sind. Innerhalb der EU gibt es mit der EU-Richtlinie zum Verbot unlauterer Handelspraktiken erstmal einen einheitlichen Mindestschutz für Landwirte vor unlauteren Vertragsklauseln und Verhaltensweisen. Insbesondere bei Zahlungszielen, Rücksendungen, Stornos von Bestellungen und Kostenübernahmen können große gewerbliche und behördliche Käufer ihre Marktmacht gegenüber umsatzmäßig kleineren Lieferanten nicht unbeschränkt geltend machen. Österreich hat es allerdings versäumt, diese Richtlinie fristgerecht umzusetzen.

WIE UNTERSTÜTZT DIE EU DEN LÄNDLICHEN RAUM DURCH DAS LEADER-PROGRAMM?

Innovative Projekte im ländlichen Raum können Förderungen aus dem EU-Programm Leader erhalten. Die Regionen entwickeln Vorhaben, welche die Innovations- und Wirtschaftskraft, die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Gebieten und den Tourismus stärken. Die EU hilft bei der Finanzierung. Drei von mehr als 100 Projekten, welche die EU in den vergangenen Jahren z. B. in Kärnten unterstützt hat, sind die Schokolade-Erlebnis-Manufaktur in Friesach, der Drau-Rad- und Paddelweg und ein Lehrlings- und Weiterbildungsprojekt in der Region Radenthein. Von 2014 bis 2020 sind rund 200 Millionen Euro aus dem Leader-Programm nach Österreich geflossen.



© LPD Kärnten/Hannes Krainz



© Marc Germeshausen



© Johannes Maier



EINE EUROPÄISCHE Erfolgsgeschichte

Von 27. bis 29. September 2021 ging es auf EU-Zukunftstour ins Burgenland. In dem Bundesland zeigen sich die Effekte der EU-Mitgliedschaft auf eindrucksvolle Weise.



Das Burgenland ist zwar vielmehr für Steppenlandschaften denn für alpine Höhen bekannt, es war aber dennoch das einzige Bundesland, in dem Martin Selmayr und Paul Schmidt auf ihrer Zukunftstour einen Klettergurt benötigten: Grund war die „Besteigung“ eines rund 90 Meter hohen Windrads in Weiden. Das Burgenland produziert – auch dank EU-Förderungen – mehr Ökostrom, als es verbraucht, und spielt damit eine Schlüsselrolle für die Erreichung der österreichischen und gesamteuropäischen Klimaziele, die stark auf eine Ausweitung der Erneuerbaren bauen.

Im Burgenland zeigt sich besonders deutlich, was der EU-Beitritt Österreichs vor mehr als 26 Jahren bewirkt hat. Das Bundesland war bis Anfang der 1990er-Jahre wirtschaftlich weit abgeschlagen, da es jahrzehntelang direkt am Eisernen



Vorhang lag. Durch den EU-Beitritt wurden Export, Dienstleistungssektor und Tourismus gestärkt und es entstanden neue Arbeitsplätze. Heute ist das Burgenland eine boomende Region mit innovativen Start-ups, Technologiezentren, leistungsstarken Windparks und einem breiten Aus- und Weiterbildungsangebot. Martin Selmayr und Paul Schmidt machten sich auf ihrer Tour ein umfassendes Bild davon. Sie sprachen im Schulungszentrum Neutal mit Jugendlichen über ihre Hoffnungen, den Klimaschutz und Arbeitsplätze der Zukunft, diskutierten mit Studierenden der Fachhochschule Pinkafeld über die Bedeutung von Gesundheitsberufen und Biodiversität und wurden in der Höheren Bundeslehranstalt Oberwart mit Drohnen – zwecks Bildaufnahmen – und einer sehr schmackhaften Kostprobe des Lehrplans empfangen. In Güssing haben die beiden EU-Radler innovative Jungunternehmer getroffen, die unter anderem Geschäftsmodelle für eine Garnelenzucht und Olivenöl „made in Burgenland“ entwickelt haben. Eine lange Tradition hat im Burgenland indes die Weinwirtschaft: Ein Stopp beim Weingut Gesellmann in Deutschkreutz und eine Uhdler-Verkostung im Südburgenland durften demnach im Programm nicht fehlen.



Was wollen die Burgenländerinnen und Burgenländer von Europa?

- Förderung der Mobilität durch bessere öffentliche Anbindungen
- EU-weit harmonisierte Ausbildungs- und Berufswege in den Gesundheits- und Pflegeberufen
- Besseren Informationsfluss zwischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene und der Bevölkerung
- Verstärkte Maßnahmen für den Klimaschutz und mehr Förderungen für erneuerbare Energien
- Besseren Schutz für die Zwergohreule

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Burgenland

Die EU-Mitgliedschaft und die vielfältigen Möglichkeiten, die das vereinte Europa gerade für Grenzregionen bietet, haben entscheidend zum Erfolg des Burgenlands beigetragen, wie Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landtagspräsidentin Verena Dunst und den beiden EU-Radlern betonte. Er weihte auch das Europe-Direct-Zentrum in Eisenstadt gemeinsam mit Martin Selmayr offiziell ein und gab den beiden Besuchern ein Rad-Dress im Burgenland-Design mit auf den Weg. Dieses wird jedenfalls zum Einsatz kommen, wenn Martin Selmayr und Paul Schmidt abermals – so wie bereits im Mai 2021 – den Neusiedlersee umrunden. Weitere Mitglieder der Landesregierung brachten sich ebenfalls in die EU-Zukunftstour ein: Bildungslandesrätin Daniela Winkler, Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann und Verkehrslandesrat Heinrich Dörner waren streckenweise mit dabei.

Orts- und fachkundige Begleitung hatten Martin Selmayr und Paul Schmidt auch auf dem Weg von Eisenberg nach Bildein: Walter Temmel, Landtagsabgeordneter und EU-Gemeinderat, radelte mit ihnen entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Die verwaisten Grenzposten geben eindrucksvoll Zeugnis davon, dass sich der Wert des gemeinsamen Europas bei weitem nicht nur in EU-Fördergeldern bemessen lässt.

Das friedliche Miteinander ist auch das Anliegen der Angehörigen der Volksgruppen, die Martin Selmayr und Paul Schmidt im interkulturellen Zentrum in Großwarasdorf getroffen haben. Mit dem über die Jahrzehnte gefundenen Ausgleich mit Ungarn, Kroaten und Roma lebt das Burgenland vor, wie man in Europa Einheit, Frieden und Freiheit wirkungsvoll mit der Achtung und Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt verbinden kann.

Trotz des Aufschwungs der vergangenen Jahrzehnte sind die Menschen im Burgenland nach wie vor mit Herausforderungen konfrontiert, für deren Bewältigung sie sich Unterstützung von Europa erhoffen. Bei einem Besuch der „Weiberwirtschaft“ in Stoob – dabei handelt es sich um ein Kaffeehaus bzw. ein EU-gefördertes Projekt, das Menschen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt hilft – kam das Thema Mobilität prominent zur Sprache. Gerade im Mittelburgenland ist der Weg zur Arbeit für viele Menschen sehr aufwendig. Im Hinblick auf grüne Mobilität und Digitalisierung kann das Burgenland mit Förderungen aus dem EU-Aufbauinstrument rechnen, das insgesamt 3,5 Milliarden Euro an Zuschüssen für Österreich vorsieht.



Kommunikation statt Diskretion

Unterm Strich ist das Burgenland eine europäische Erfolgsgeschichte, die aber auch erzählt werden muss, wie Martin Selmayr mehrfach betonte. Wenn in Projekten Europa – in Form von EU-Förderungen – drinsteckt, so müsse auch Europa draufstehen, sprich das europäische Engagement durch eine EU-Fahne oder Plakette ersichtlich sein. Denn: Um die Menschen von Europa zu überzeugen, braucht es Kommunikation statt Diskretion. Die EU-Zukunftstour ist der beste Beweis dafür.



Tim Joris Kaiser,
wirtschaftspolitischer Berater,
Vertretung der Europäischen
Kommission

Europa unterstützt den Aufschwung nach Corona

PROFITIEREN ALLE BUNDESLÄNDER VOM EU-AUFBAUINSTRUMENT *NEXTGENERATIONEU*?

Ja. Um unsere Zukunft nachhaltiger und digitaler zu machen, hilft die Europäische Kommission Österreich, auf Basis eines Aufbauplans konkrete Investitionen und Reformen anzugehen: 3,5 Milliarden Euro an EU-Zuschüssen fließen dafür – zum Beispiel in schnelle Internetverbindungen in allen Bundesländern und Computer für Schüler. Der EU-Aufbauplan stärkt insbesondere auch den Klimaschutz und hat geholfen, die Weichen für das Klimaticket zu stellen.

HILFT EUROPA BEIM KESSELTAUSCH?

Absolut! In Österreich gibt es derzeit noch rund 500.000 Ölheizungen (13 Prozent aller Heizungen) und über 900.000 Gasheizungen (23 Prozent). Über den Aufbauplan unterstützt die EU den Austausch von Öl- und Gasheizungen mit 159 Millionen Euro. Privatpersonen können ihr altes Heizsystem gegen ein effizienteres und klimafreundliches tauschen und dafür bis zu 7500 Euro Förderung erhalten. Auch Betriebe und Gebäudeeigentümer profitieren.

SIND SCHON EU-ZUSCHÜSSE NACH ÖSTERREICH GEFLOSSEN?

Ja. Die Kommission hat Österreich am 28. September 2021 einen ersten Teil, 450 Millionen Euro, überwiesen. Insgesamt soll Österreich 3,5 Milliarden Euro bis 2026 für die Erfüllung konkreter Ziele bekommen. Auch alle anderen EU-Mitgliedstaaten erhalten EU-Zuschüsse für ein wirtschaftliches Fitnessprogramm, das stark auf Digitalisierung und Klimaschutz abzielt. Das kommt wiederum der Exportnation Österreich zugute, die von stabilen Nachbarn im europäischen Binnenmarkt profitiert.

**NEXT
GEN
EU**

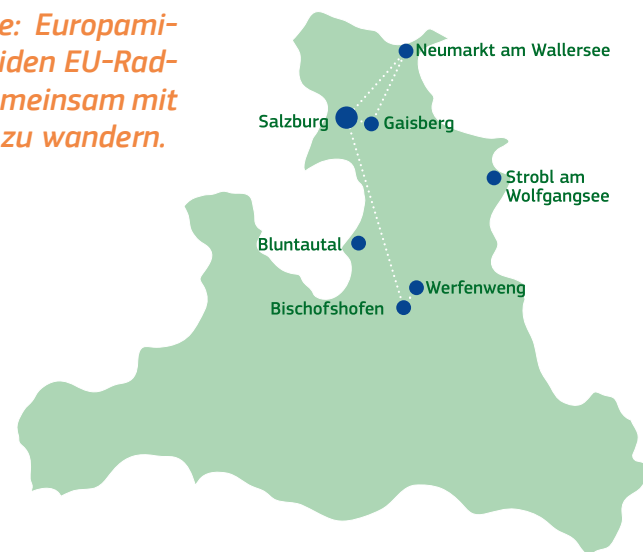




GIPFELTREFFEN zur Zukunft Europas

Auf ihrer Salzburg-Etappe von 15. bis 18. Oktober 2021 freuten sich Martin Selmayr und Paul Schmidt über Unterstützung von höchster politischer Ebene: Europaministerin Karoline Edtstadler fuhr mit den beiden EU-Radlern in der Europa-Lok nach Salzburg, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern auf den Gaisberg zu wandern.

Ein Gipfeltreffen der besonderen Art bildete den sportlichen Auftakt der EU-Zukunftstour durch Salzburg: Um gemeinsam Schwung in die EU-Zukunftsdebatte zu bringen, wanderten Europaministerin Karoline Edtstadler, selbst Salzburgerin aus Elixhausen, Martin Selmayr und Paul Schmidt mit rund 80 Bürgerinnen und Bürgern auf den Gaisberg – auch Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler und Nationalratsabgeordneter Peter Haubner hatten die Bergschuhe geschnürt. Auf dem Weg nach oben wurde intensiv darüber diskutiert, welche Schritte es braucht, um Europa für die dringlichen Herausforderungen zu rüsten. Die Themenpalette war so bunt wie das Herbstlaub: Sie reichte von Chancengleichheit und Gesundheitspolitik über Rechtsstaatlichkeit und Migration bis zu Landwirtschaft und Klimaschutz. Nach einem Zwischenstopp auf der Zistelalm inklusive Brettjause ging es dann zum Gipfel auf 1287 Metern.



Karoline Edtstadler war auch am Tag zuvor auf der Fahrt von Wien nach Salzburg in der Europa-Lok mit an Bord. Ein willkommener Anlass für ÖBB-Chef Andreas Matthä, die drei Passagiere am Bahnhof persönlich zu verabschieden. Einen Paukenschlag setzte es bei der Ankunft in Salzburg: Schüler des Bundesoberstufenrealgymnasiums Gastein begrüßten die Reisenden mit einer peppigen Interpretation der Europahymne – mit dabei war auch Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf.

Ein kulturelles Abendprogramm gab es für Martin Selmayr und Paul Schmidt nach der Besteigung des Gaisbergs: Beim Austausch mit Vertretern der Kunst- und Kulturszene in der Salzburger Innenstadt kamen sowohl EU-Initiativen wie das Neue Europäische Bauhaus als auch die Arbeit am sozialen Europa und Fördermöglichkeiten für das weltberühmte Salzburger Marionettentheater zur Sprache.

Die Erfahrung, dass es sich in Salzburg lebhaft über Europa diskutieren lässt, machten Martin Selmayr und Paul Schmidt auch bei einem Kamingespräch im Greischbergerhof in Neumarkt am Wallersee. Die anwesenden Regional- und Lokalpolitiker – darunter Landtagsabgeordnete Karin Berger –, Lehrkräfte, Wirtschaftsvertreter, Sozialpartner und Jugendlichen äußerten ihre Sorgen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas und forderten mehr Mitsprache für die Jugend sowie eine europäische Pflegestrategie. Ein Thema, das die Menschen in Salzburg nach wie vor stark beschäftigt, sind die Grenzkontrollen und Reisebeschränkungen, die einige Mitgliedstaaten während der Pandemie eingeführt hatten. Reformüberlegungen, die Rolle der Europäischen Kommission beim Management der Binnengrenzen in Krisenzeiten zu stärken, dürften nach diesen Erfahrungen Aufwind erhalten.



EU-Bürgerdialog zum Thema Wolf

Die Salzburg-Etappe führte von Pongau in Neumarkt am Wallersee über den Gaisberg bis in den Pongau. Dort stießen Martin Selmayr und Paul Schmidt im Zuge einer Wanderung auf die Heinrich-Hackel-Hütte und bei einem Bürgerdialog im Skimuseum Werfenweng auf einen treuen thematischen Begleiter ihrer Tour durch die alpinen Bundesländer: den Wolf. Im Gespräch mit Politikern, Landwirten, Tierärzten und Jägern erklärten die EU-Radler, dass die von allen EU-Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossene Richtlinie, die den Schutz des Wolfes vorsieht, den Regionen durchaus Spielraum im Umgang mit dem Vierbeiner gewährt.



Was wollen die Salzburgerinnen und Salzburger von der EU?

- Mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern
- Einrichtung eines Jugend-Ausschusses der Regionen
- Digitale Plattform für Modellprojekte der EU-Gemeinden
- Einführung einer europäischen Pflegestrategie und Erleichterung der Zuwanderung für Pflege- und Tourismuskkräfte
- Europäische Mobilitätsprogramme für Senioren – Stichwort Erasmus

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Salzburg



Im Hinblick auf die EU-Kommunikation hat Salzburg ein Alleinstellungsmerkmal in Österreich: Es ist das einzige Bundesland, in dem es zwei Europe-Direct-Zentren gibt, welche die Salzburgerinnen und Salzburger vor deren Haustüre über Europa informieren. Eines ist beim Land und eines beim Regionalverband Pongau angesiedelt. Da die Zusammenarbeit dieses Jahr auf eine neue Basis gestellt wurde, nutzte Martin Selmayr den Besuch im Pongau für eine offizielle Einweihung von Europe Direct Salzburg Süd – und konnte weitere Ideen für die EU-Zukunftsdebatte auf das Fahrrad packen, etwa die Einführung eines europäischen Austauschprogramms für Senioren.

Die EU-Zukunftstour per Rad, per Bahn und zu Fuß durch Salzburg brachte zahlreiche thematische und geografische Höhepunkte, wobei die gemeinsame Wanderung mit Europa-ministerin Karoline Edtstadler ein besonderes Highlight war. Denn nur, wenn europäische, nationale und regionale Ebene zusammenwirken, kann es mit Europa bergauf gehen.



Petra Polgar,
politische Referentin,
Vertretung der Europäischen
Kommission

Die EU und der Schutz des Wolfes

WARUM MACHT DIE EU REGELN ZUM WOLF?

Der Wolf gehört zu den bedrohten Arten in Europa. Die EU-Mitgliedstaaten einigten sich mit der EU-Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie auf ein gesetzliches Regelwerk zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, das auch den Schutz des Wolfes vorsieht. Das Ziel ist, den Schutz von bedrohten Wildtieren mit menschlichen Aktivitäten in Einklang zu bringen.

WELCHEN SPIELRAUM HABEN DIE BUNDESLÄNDER?

Die EU-Richtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Naturschutz-Maßnahmen an die regionalen Gegebenheiten anpassen. Dabei müssen alle gesetzten Schritte im Einklang mit der EU-Gesetzgebung und wissenschaftlichen Erkenntnissen stehen. Die Europäische Kommission steht den Mitgliedstaaten sowohl mit finanziellen Mitteln als auch praktischem Rat zur Seite. Im Hinblick auf das Zusammenleben von Mensch und Wolf gibt es bereits eine Vielzahl von positiven und innovativen Beispielen in Europa. Wo elektrische Zäune, Nachtgatter oder Wachhunde richtig eingesetzt wurden, konnten die Eingriffe von Wölfen wesentlich reduziert werden.

DARF EIN BUNDESLAND EINEN WOLF ZUM ABSCHUSS FREIGEBEN?

Das EU-Recht gewährt unter bestimmten Umständen Ausnahmen von den Schutzvorschriften, wie zum Beispiel zwecks Verhinderung ernsthafter Schäden an Weidetieren. Das Töten von gefährlichen Wölfen ist dann erlaubt, wenn alle Alternativen geprüft und keine andere zufriedenstellende Lösung gefunden wurde. Gleichzeitig darf der Erhalt der Wolfspopulation nicht beeinträchtigt werden.





© David Grießler

FÜR EUROPA in die Pedale treten

Tulln, Krems, Bischofstetten, Dürnstein, Wiener Neustadt, Mödling und natürlich St. Pölten: Immer wieder sind Martin Selmayr und Paul Schmidt nach Niederösterreich geradelt, um vor Ort Schwung in die EU-Zukunftsdebatte zu bringen.



Nicht nur eine, sondern mehrere Zukunftstouren haben Martin Selmayr und Paul Schmidt durch Niederösterreich unternommen. Am 16. Juni 2021 radelten sie erst entlang der Donau nach Tulln, um mit Bürgermeister Peter Eisenschenk und EU-Gemeinderäten über die EU-Impfstrategie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilschutz zu diskutieren. Danach ging es weiter

nach Krems zum Austausch mit EU-Gemeinderäten sowie Mitarbeitern und Studierenden der dort ansässigen Donau-Universität. Eine ähnliche Richtung, aber bei wesentlich niedrigeren Temperaturen, schlugen die EU-Radler am 16. November 2021 ein: Über Tulln und Traismauer strampelten sie nach St. Pölten, um Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichinger zu treffen – und gemeinsam das Europe-Direct-Zentrum an seinem neuen Standort im Landhaus zu besuchen. Die Gespräche drehten sich um die Zukunft Europas ebenso wie um aktuelle Themen wie Belarus und die Impfstrategie. Die insgesamt recht kritische EU-Stimmung in Niederösterreich zeigt, wie wichtig es gerade jetzt ist, genau zuzuhören, wo die Menschen der Schuh drückt, und gemeinsam mit Gemeinderäten, Bürgermeistern und Landespolitikern Europa stärker und sichtbarer zu machen.



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Hautzinger

Südwestlich der Landeshauptstadt war das EU-Duo am 7. Juli 2021 auf Einladung des EU-Abgeordneten Alexander Bernhuber unterwegs und stellte wieder einmal fest, dass Niederösterreich – anders als der Name suggeriert – durchaus nicht nur nieder ist: Nach der Anreise per Rad nach Bischofstetten führte die gemeinsame Tour über den EU-geförderten Radweg Krumpke entlang eines ehemaligen Bahngleises nach Kilm, wo regionale Spezialitäten verkostet wurden. Nächstes Ziel war das Almhaus Hochsteinberg. Dort diskutierten Martin Selmayr und Paul Schmidt mit Alexander Bernhuber, Bürgermeistern, Gemeinderäten und Landwirten über Glyphosat, EU-Förderungen im Rahmen des Leader-Programms, über eine europäische Strategie für Eiweißpflanzen und Möglichkeiten für eine verstärkte Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte, um die Ertragslage heimischer Landwirte zu verbessern. Am Abend tauschten sich die EU-Radler dann in Dürnstein mit Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf aus und schilderten die Vielzahl ihrer gesammelten Eindrücke.

Was wollen die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher von Europa?

- **Stärkere gesundheitspolitische Kompetenzen für die EU und mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Lehre der Corona-Pandemie**
- **Natur- und Artenschutz (Stichwort Ziesel) so gestalten, dass sie mit dem erforderlichen Ausbau von Verkehrswegen und Wohnmöglichkeiten vereinbar sind**
- **Verstärkte Unterstützung für die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte**
- **Entwicklung einer europäischen Strategie zur Förderung von Eiweißpflanzen**
- **Europatag im Stadtbad Mödling**

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Niederösterreich

Natürlich ging es auch in den Südosten des Bundeslandes: Am 12. Juli 2021 radelten Martin Selmayr und Paul Schmidt auf Initiative des EU-Gemeinderats Peter Kurri nach Wiener Neustadt, um erst mit Bürgermeister Klaus Schneeberger und in der Folge mit Bürgerinnen und Bürgern am Marktplatz darüber zu sprechen, was sie sich von der Zukunft Europas erwarten. Den Radweg nach Wiener Neustadt säumt das pannonische Steppengras, das ebenso von der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützt ist wie einer seiner Bewohner – das Ziesel. Auch vor diesem Hintergrund kam im Rahmen der Tour durch Niederösterreich oftmals das Thema auf, wie der Schutz von Fauna und Flora mit dem Ausbau von Verkehrswegen in Einklang gebracht werden kann. Auch am 26. August 2021 ging es in den Süden von Wien, nach Mödling. Auf Einladung von EU-Gemeinderätin Teresa Voboril diskutierten Martin Selmayr und Paul Schmidt mit Bürgerinnen und Bürgern insbesondere über die Lage in Afghanistan, Migration und die Weltpolitikfähigkeit Europas.



© David Grießler



Dr. Alois Mock-Europa-Preis für Martin Selmayr

Martin Selmayr legte noch einige Sonderetappen in Niederösterreich ein: Am 4. Mai nahm der EU-Botschafter am Europatag des Landes Niederösterreich in der Burg Perchtoldsdorf teil – und erhielt dort den Dr. Alois Mock-Europa-Preis. Und am 9. Mai 2021 war er auf Einladung von Bäcker- und Konditormeister Karl Piaty in Waidhofen an der Ybbs unterwegs.

Auch in großer Runde besuchte die Vertretung der Europäischen Kommission dieses Jahr Niederösterreich: In der für ihre Windmühle bekannten Stadt Retz beriet das Team darüber, worum sich die Schwerpunkte seiner Arbeit im Jahr 2022 drehen sollen. Fix ist, dass der EU-Aufbauplan, der Zuschüsse in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für Österreich vorsieht, der europäische Grüne Deal und die gemeinsame Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen eine zentrale Rolle spielen werden. Und ebenso klar ist, dass Martin Selmayr und Paul Schmidt auch 2022 regelmäßig in Niederösterreich unterwegs sein werden, um mit den Menschen vor Ort über Europa zu diskutieren.



Adina Hoffmann-Reumüller,
stv. Leiterin Presse &
Kommunikation,
Europäische Kommission

EUROPE DIRECT Europa vor Ort

WELCHE AUFGABEN HAT EUROPE DIRECT?

Europe Direct ist das Informations- und Aktionsnetzwerk der Europäischen Kommission. EU-weit gibt es 424 Stellen, zehn davon in Österreich. Das Netzwerk bietet einen einfachen, kostenlosen und persönlichen Zugang zu Informationen rund um die Union, über EU-Bürgerrechte und über das Leben, Arbeiten, Reisen oder Studieren in einem anderen EU-Land. Experten beantworten Fragen zu politischen Maßnahmen, Programmen und Prioritäten der EU und stellen Informationsmaterialien zur Verfügung.

GIBT ES EUROPE DIRECT IN JEDEM BUNDESLAND?

Ja, Europe Direct gibt es in jedem Bundesland, in Salzburg sogar zweimal. Alle fünf Jahre werden über eine öffentliche, EU-weite Ausschreibung starke lokale Partner gesucht, die sich als Europe-Direct-Stelle einbringen wollen. In Österreich sind die Stellen größtenteils in den Landesregierungen angesiedelt. Hauptaufgabe ist es, aktiv auf die Menschen zuzugehen. Besonders gelungene Kommunikationsmaßnahmen, wie beispielsweise ein Rap-Video-Wettbewerb und die Initiative „Europa.Cafe“, wurden bereits mit dem Europa-Staatspreis der österreichischen Bundesregierung ausgezeichnet. Die Initiative #EUROPAgegenCovid19 / #EUmythbusters erhielt den Kaiser-Maximilian-Preis von Land Tirol und Stadt Innsbruck sowie den Preis der zivilgesellschaftlichen Solidarität des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

WIE KANN ICH MICH AN EUROPE DIRECT WENDEN?

Europe Direct steht telefonisch, per E-Mail und persönlich für Fragen zur Verfügung. Informationen sind unter www.europainfo.at abrufbar. Man kann sich über bevorstehende Veranstaltungen informieren und mit den EU-Experten bei einem ihrer zahlreichen Events in Kontakt treten. So beispielsweise bei der Österreich-Tour des „Europa.Cafe“, einer EU-gebrandeten Piaggio Ape, mit der die zehn Europe-Direct-Stellen während der wärmeren Jahreszeiten an öffentlichen Plätzen Kaffee ausschenken und über Europa plaudern.





VOR DER HAUSTÜRE für Europa Flagge zeigen

In der Bundeshauptstadt organisierten die Vertretung der Europäischen Kommission und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik 2021 zahlreiche europapolitische Diskussionen und Veranstaltungen – zuletzt natürlich verstärkt online.

Was tun Martin Selmayr und Paul Schmidt, wenn sie nicht gerade in den österreichischen Bundesländern unterwegs sind? Sie diskutieren mit Vorliebe in Wien über Europa. So geschehen zum Beispiel am 15. Dezember 2020. Gemeinsam mit Europaministerin Karoline Edtstadler, Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, Bürgermeister Michael Ludwig und der EU-Abgeordneten Claudia Gamon thematisierten sie in einem Europa Club, welche Reformen Europa jetzt braucht – quasi als Teaser für die EU-Zukunftsdebatte, die am 9. Mai 2021 offiziell gestartet ist.

2021 war nicht nur von der EU-Zukunftsdebatte geprägt, es war auch das Europäische Jahr der Schiene mit dem Ziel, die Bahn als nachhaltiges und klimafreundliches Verkehrsmittel ins Rampenlicht zu rücken. Aus diesem Anlass weihten Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, EU-Botschafter Martin Selmayr und ÖBB-Chef Andreas Mattha im Februar 2021 die Europa-Lok im neuen Design ein. Sie ist seitdem als Botschafterin des Europäischen Jahres der Schiene in Österreich und den Nachbarländern unterwegs – und ist natürlich auch bei der EU-Zukunftstour im Einsatz.



Ebenfalls um die Schiene ging es am 10. Mai 2021: Alexandra Reinagl, Geschäftsführerin der Wiener Linien, Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und Martin Selmayr luden Medienvertreter zum Otto-Wagner-Pavillon am Wiener Karlsplatz. Anlass war, dass 400 „Bims“ im Mai mit EU-Fahnen ausgestattet wurden. Die Straßenbahn erfüllt wichtige Funktionen, die auch Europa ein großes Anliegen sind, betonte Martin Selmayr: Sie bringt Menschen zusammen und sie tut das auf klimafreundliche Weise. Flagge zeigen für Europa war auch das Motto eines Treffens von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Martin Selmayr auf dem Dach des Parlaments, bei dem der EU-Botschafter eine Europafahne überreichte. Diese wird nach Abschluss der Sanierung als Zeichen für ein gemeinsames Europa wehen.

Bei einem Pressegespräch am 26. Mai 2021 stellten Martin Selmayr und Paul Schmidt ihr Konzept für die Zukunftstour durch alle österreichischen Bundesländer vor. Danach radelten sie vom Haus der EU über den Donaukanal zu



Was wollen die Wienerinnen und Wiener von Europa?

- **EU-Kofinanzierung des „grünen“ Aufbaus des zweiten Turms des Stephansdoms nach den Plänen des Künstlers Mario Terzic**
- **Renovierung und Aktualisierung des anlässlich der EU-Erweiterung 2014 im Sigmund-Freud-Park errichteten PAN-Tisches (gemeinsam mit PAN, dem Dachverband aller Auslandsgesellschaften) und des EU-Baumkreises**
- **Mehr internationale Steuergerechtigkeit und verstärkte Regulierung von Internetkonzernen**
- **Stärkung der sozialen Dimension des europäischen Grünen Deals**
- **Entemotionalisierung der Asyl- und Migrationspolitik und Start eines österreichischen Resettlement-Programms zur Aufnahme von Facharbeitern**

Notizen aus den EU-Zukunftsgesprächen in Wien



Europe Direct Wien in den 2. Bezirk. Dort diskutierten die beiden mit Jugend- und Studierendenvertretern. Die Erfahrungen zeigen, dass die europaweiten Austauschprogramme im Rahmen von Erasmus+ Vorurteile abbauen und das grenzüberschreitende Verständnis füreinander stärken. Diese Möglichkeiten sollten daher weiterhin massiv unterstützt und ausgeweitet werden. Auch das Simulieren der Arbeitsweise auf europäischer Ebene in Form von Modellkonferenzen ist eine wichtige Chance für junge Menschen, um Europa besser zu verstehen und die Zukunft mitgestalten zu können.



Hohe Besucher und viele Zukunftsideen

Apropos Zukunft: Um Investitionen und Reformen zu Gunsten von Nachhaltigkeit und Digitalisierung zu unterstützen, hat die Europäische Kommission das EU-Aufbauinstrument *NextGenerationEU* initiiert. Österreich erhält daraus Zuschüsse in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Die Auszahlung ist an die Umsetzung eines nationalen Aufbauplans geknüpft. Anlässlich des grünen Lichts der Kommission für Österreichs Plan kam EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Juni 2021 persönlich nach Wien, um sich über die österreichischen Vorhaben zu informieren und sich beim Institut für Quantenoptik und Quanteninformation in der Boltzmanngasse ein Bild von Spitzenforschung „made in Austria“ zu machen. Auch der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker besuchte Wien wieder einmal – und hat seitdem ein rares Souvenir: Bürgermeister Michael Ludwig überreichte dem „großen Europäer und großen Freund der Stadt Wien“ am 19. Oktober 2021 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern.

Die Liste der Veranstaltungen, welche die EU-Kommissionsvertretung und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik im Rahmen der EU-Zukunftsdebatte in Wien initiiert haben, ist lang. Ein Highlight: Ende Mai 2021 diskutierten Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die damalige estnische Präsidentin Kersti Kaljulaid im Haus der EU über ihre Vorstellungen für die Zukunft Europas. Die beiden Präsidenten erläuterten, dass auch scheinbar kleine Staaten mit guter Arbeit und konstruktiven Ideen viel in der Europäischen Union bewirken können, zum Beispiel beim Klimaschutz und bei der Digitalisierung.

Spannende Ideen zur weiteren Gestaltung unseres Kontinents gibt es viele, wie auch das Buch „30 Ideen für Europa“ zeigt, welches die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik im Oktober präsentiert hat – eingerahmt von einem Impulsvortrag von Arbeitsminister Martin Kocher. Danach diskutierten Antonella Mei-Pochtler, Strategieberaterin im Bundeskanzleramt, EU-Abgeordneter Andreas Schieder und Martin Selmayr, der ein Kapitel zu dem Buch beisteuerte, über die Umsetzbarkeit der unterschiedlichen Ideen. Nicht alles wird sich von heute auf morgen realisieren lassen. Aber: „Ideelles Crowdfunding“ und eine offene Debatte über die Zukunft unseres Kontinents sind das Fundament, um Europa Schritt für Schritt besser zu machen.



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Juhász



Peter Kurri,
wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Sichere Impfstoffe für Europa und die Welt

WARUM IST DIE IMPFSTOFFBESCHAFFUNG ÜBER DIE EU GELAUFEN?

Eine gemeinsame, europäische Vorgehensweise bei der Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen war sowohl eine Frage der Wirtschaftlichkeit als auch der Fairness. Die Verträge, welche die Europäische Kommission mit den Herstellern ausgehandelt hat, sichern allen EU-Mitgliedstaaten einen gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen – sowohl was den Zeitpunkt als auch die Preise anbelangt. Die EU-Impfstoffstrategie unterstützte die rasche Entwicklung von Impfstoffen für Europa und die Welt, beugte einem nationalen Wettlauf um Impfstoffe vor und sorgte dafür, dass die EU gemeinsam optimale Konditionen erhielt.

WIE WERDEN DIE IMPFSTOFFE ZUGELASSEN?

Die Europäische Arzneimittelagentur bewertet die Sicherheit, Wirksamkeit und Qualität eines Impfstoffs, wenn ein Hersteller dies bei ihr beantragt. Spricht sie eine Empfehlung für den Impfstoff aus, gibt die Europäische Kommission nach Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten grünes Licht. Um auf Nummer sicher zu gehen und auch das notwendige Vertrauen in die neuen Impfstoffe zu schaffen, ist eine bedingte Zulassung für die gesamte EU einer nationalen Notzulassung vorzuziehen. Die bedingte EU-Zulassung gewährleistet auch eine umfassende Haftung der Hersteller.

WAS IST DAS DIGITALE COVID-ZERTIFIKAT DER EU?

Das digitale Covid-Zertifikat der EU, hierzulande oft als „Grüner Pass“ bezeichnet, wurde von der Europäischen Kommission initiiert und weist Testergebnisse, Impfungen und Genesungen im Zusammenhang mit Covid-19 nach. Es wird in der gesamten EU anerkannt und erleichtert sichere Mobilität in Pandemiezeiten. Darüber, welche Corona-Schutzbestimmungen in einzelnen Ländern vor Ort gelten, informiert die Plattform <https://reopen.europa.eu>.



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Schedl



© Europe Direct Wien



© Europe Direct Wien



© Vertretung der EU-Kommission/APA-Fotoservice/Juhász

UMFRAGEERGEBNISSE

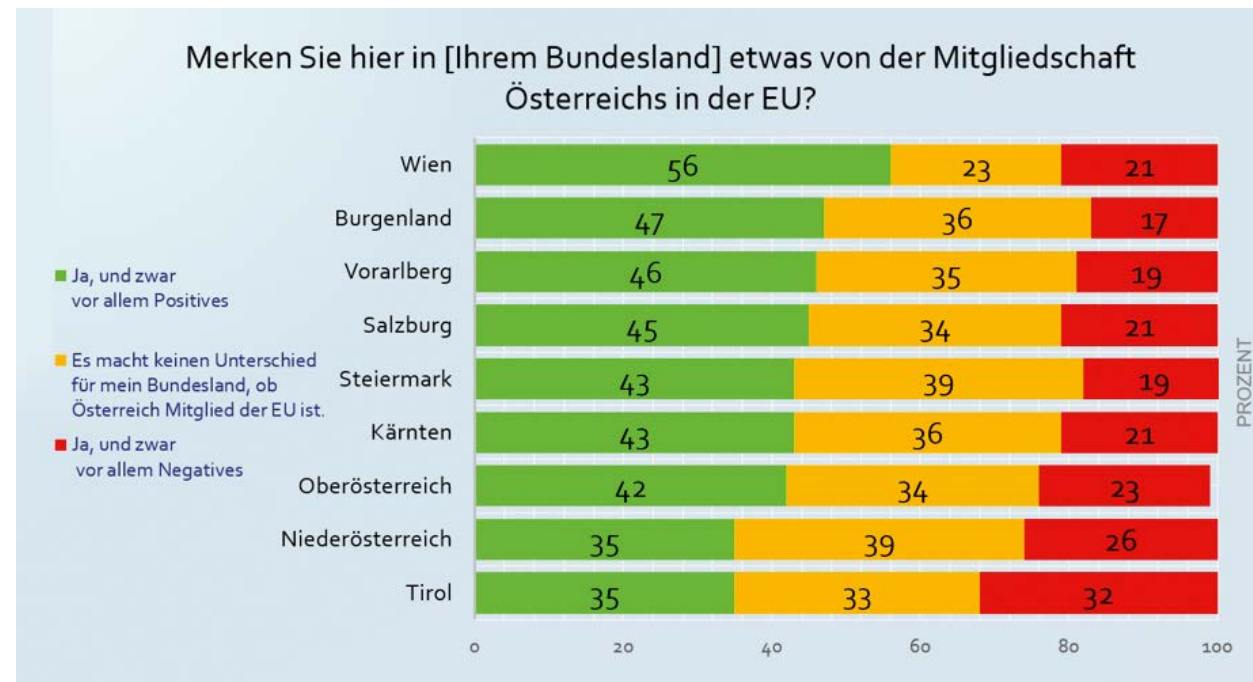


Das EU-Meinungsbild in den österreichischen Bundesländern

Welche Themen sind für die EU am dringlichsten? Klima- und Umweltschutz? Die Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm? Die Stärkung der Rolle Europas in der Welt? Wie steht es um das Vertrauen in die EU? Martin Selmayr und Paul Schmidt sind diesen Fragen nicht nur in rund 650 persönlichen Gesprächen während ihrer Zukunftstour durch alle österreichischen Bundesländer nachgegangen. Um dem Meinungsbild der Bevölkerung auch demoskopisch auf den Grund zu gehen, haben die Europäische Kommission und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik im Zeitraum Juni bis Oktober 2021 insgesamt neun repräsentative Bundesländer-Umfragen in Auftrag gegeben. Unterstützt wurden sie dabei vom Zukunftsfonds der Republik Österreich.

Junge und Urbane sehen EU-Mitgliedschaft positiver

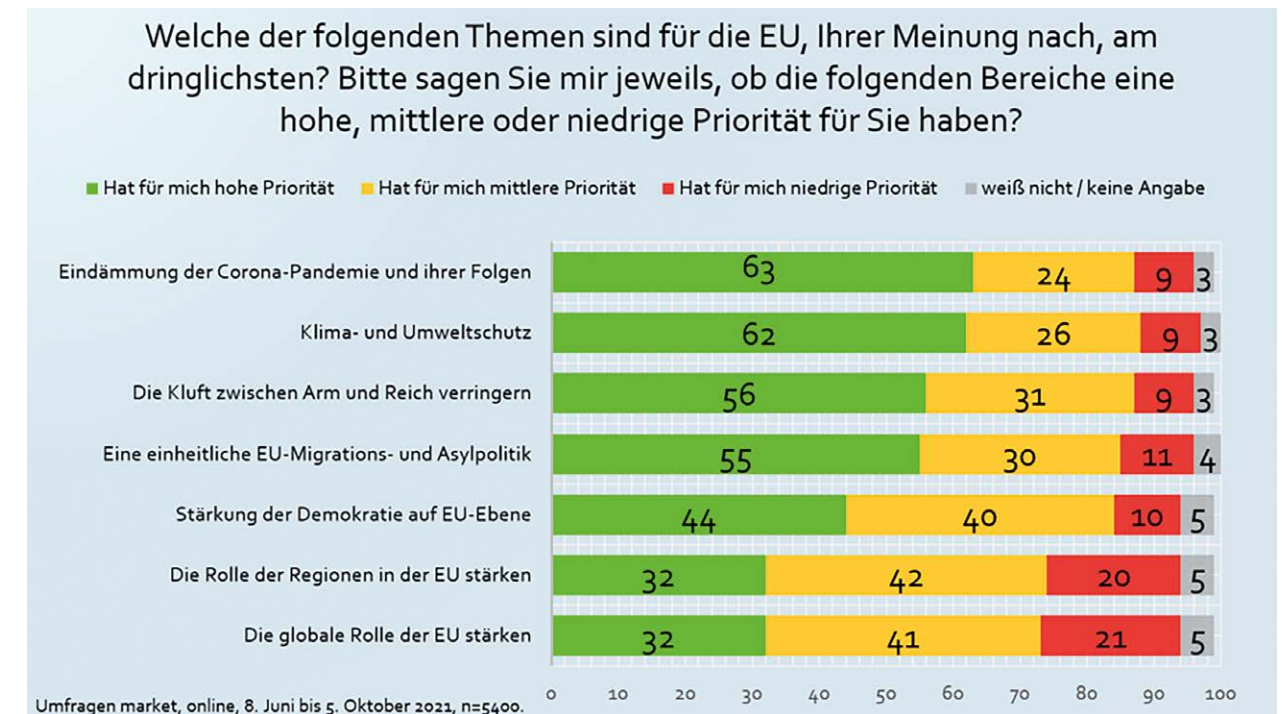
Die Befragten in Wien geben am häufigsten an, dass sie durch die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union „vor allem Positives“ für das eigene Bundesland bemerken. In Niederösterreich und Tirol ist die Zahl jener, die diesem Befund zustimmen, am geringsten. In Tirol sieht fast ein Drittel der negativen Seiten überwiegen. Bis zu 39 Prozent der Befragten in Niederösterreich und der Steiermark sagen, dass es für ihr Bundesland keinen Unterschied macht, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht. In nahezu allen anderen Bundesländern teilt mindestens ein Drittel diese Meinung. Lediglich in Wien ist nur ein Viertel dieser Auffassung.



Die **kumulierten Österreich-Ergebnisse** lassen erkennen, dass Männer deutlich häufiger als Frauen positive Effekte der EU-Mitgliedschaft auf ihr Bundesland wahrnehmen. Je jünger die Befragten sind, desto eher werden die Vorteile registriert. Am stärksten assoziieren Personen mit hohem Ausbildungsgrad (Matura/Universität) die EU-Mitgliedschaft mit positiven Auswirkungen auf das eigene Bundesland, und in Großstädten (ab 100.000 Einwohnern) wird dies öfter so gesehen als in kleineren Städten und Gemeinden.

Top-Themen: Corona-Pandemie und Klimaschutz

Die Eindämmung der Corona-Pandemie und der Klima- und Umweltschutz sind jene Themen, denen sich die EU nach Ansicht der Österreicherinnen und Österreicher vordringlich annehmen soll. Eine Stärkung der Regionen sowie ein selbstbewussteres Auftreten der EU in der Welt werden, bei vorgegebenen Antwortkategorien, als eher weniger dringlich erachtet.



Zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es wenig Unterschiede bei der Beurteilung der Dringlichkeit der jeweiligen Themenbereiche. Ein Blick auf die Gesamtergebnisse für ganz Österreich zeigt jedoch, dass die genannten Schwerpunkte durchaus differenziert eingestuft werden.

Dass sich die EU in der **Bekämpfung von Corona und den Folgen** besonders einbringt, wird österreichweit am stärksten in Großstädten (ab 100.000 Einwohnern) sowie von Befragten ab 50 Jahren gewünscht. 16- bis 29-Jährige sehen dies am seltensten als wichtige Priorität für die EU. Im Bundesländervergleich wird das EU-Engagement gegen die Pandemie in Wien am stärksten eingefordert, gefolgt vom Trio Burgenland, Salzburg und Niederösterreich. Etwas weniger stark präsent ist das Thema in Oberösterreich, Tirol, Kärnten und der Steiermark, in Vorarlberg wird es am seltensten erwähnt.

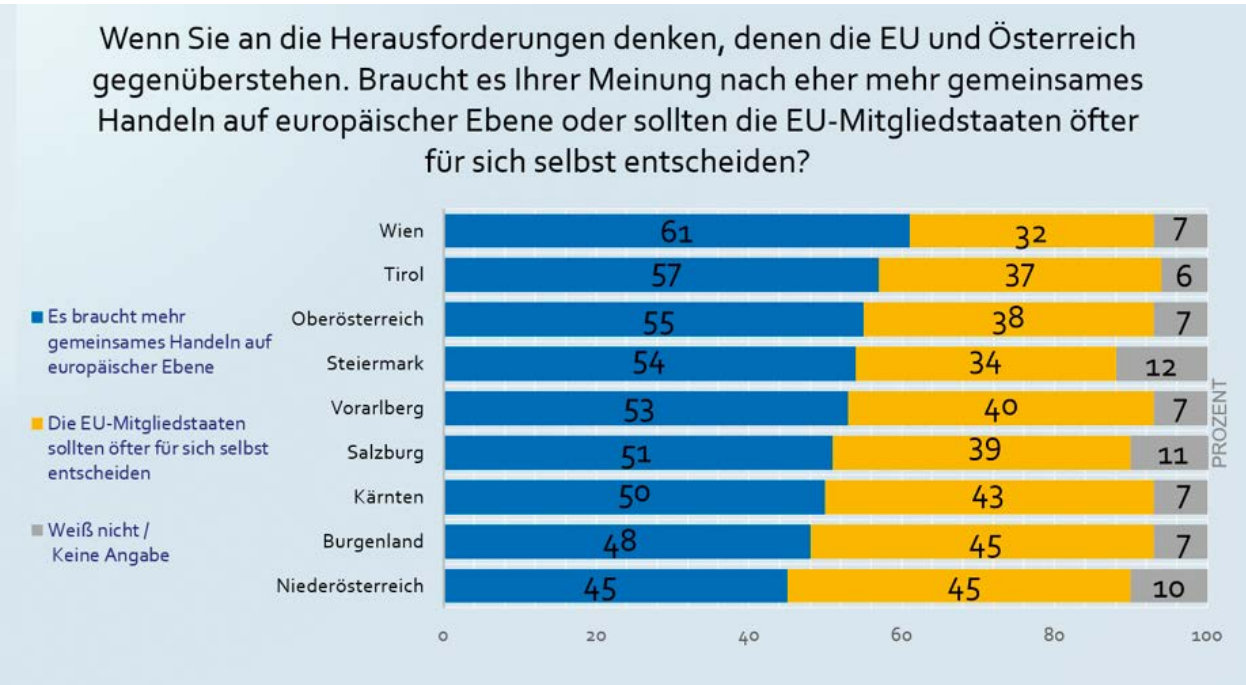
Frauen sind deutlich häufiger als Männer der Ansicht, dass der **Klima- und Umweltschutz** für die EU an erster Stelle stehen sollte. Das Thema ist auch Österreicherinnen und Österreichern mit Matura/Universitätsausbildung sehr wichtig, ebenso den Menschen in Großstädten. Zwischen den einzelnen Altersgruppen gibt es kaum Unterschiede im Meinungsbild. Für Wienerinnen und Wiener nimmt dieser Bereich eine besonders wichtige Stellung ein. Oberösterreich und Salzburg folgen, während dieses Thema im Burgenland, in Tirol, Niederösterreich, Kärnten, Vorarlberg und der Steiermark seltener die Pole-Position auf der Prioritätenliste besetzt.

Die **Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich** wird von Befragten ab 50 häufig unter die wichtigsten Prioritäten der EU gereiht. Ähnlich ist das Meinungsbild auch bei Menschen mit Lehr- oder Pflichtschulabschluss und in Großstädten. In Kärnten und Tirol wird diese Herausforderung etwas häufiger als oberste Priorität für die EU gesehen als in anderen Bundesländern. Befragte in Niederösterreich sagen am seltensten, dass die EU diesen Bereich mit besonderer Dringlichkeit angehen sollte. Die anderen Bundesländer sehen dieses Thema als mittlere Priorität.

Mit höherem Alter treten die Befragten häufiger für eine **gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik** ein. Männer sehen eine solche öfter als Priorität für die Union an als Frauen. Bürgerinnen und Bürger mit Pflichtschulabschluss (ohne weitere Ausbildung) halten diesen Punkt seltener für vordringlich als andere Bildungsgruppen. Befragte im Burgenland sind am häufigsten dafür, dass dies ein Top-Thema für die EU sein sollte. Mit geringem Abstand folgen die anderen Bundesländer, wobei Menschen in Vorarlberg und Salzburg dieses Thema am seltensten als prioritär für die Union einstufen.

Mehrheit für gemeinsames europäisches Handeln

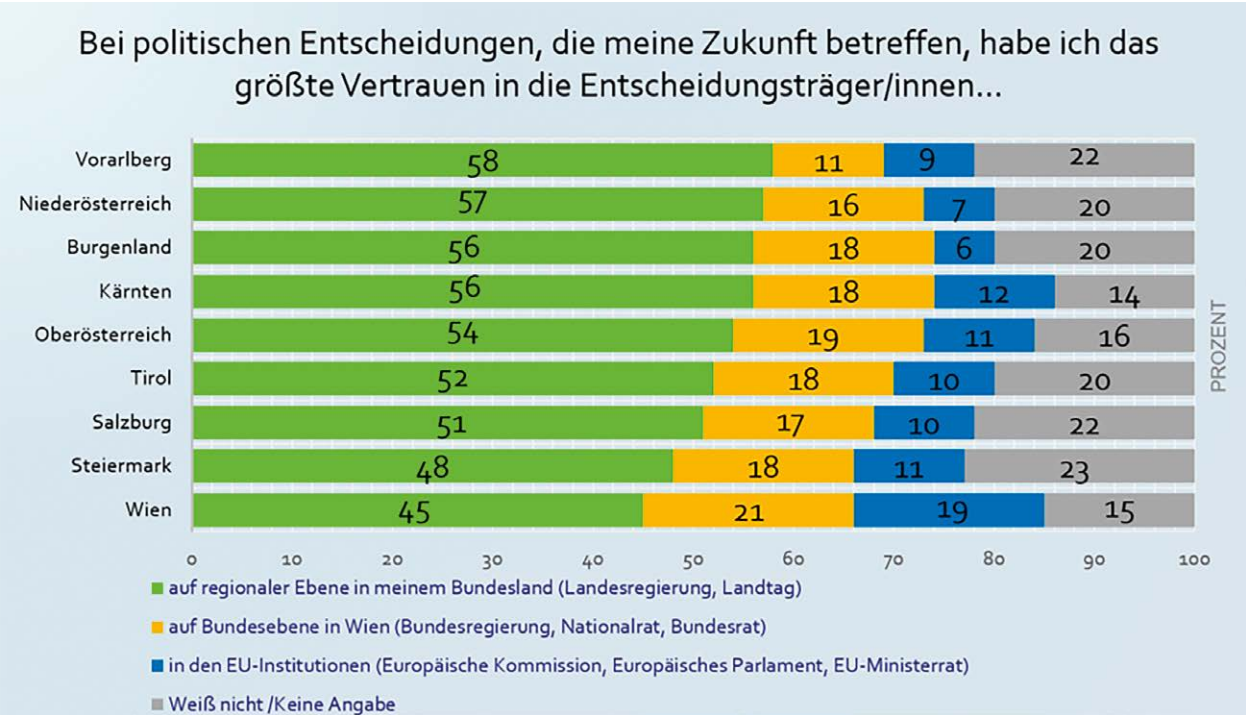
Wienerinnen und Wiener sind am häufigsten der Ansicht, dass es angesichts der Herausforderungen, denen die EU gegenübersteht, mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene braucht. Die Meinung, die EU-Mitgliedstaaten sollten öfter für sich selbst entscheiden, ist indes im Burgenland und in Niederösterreich am stärksten ausgeprägt.



Die Gesamtergebnisse zeigen, dass Männer häufiger als Frauen für mehr gemeinsames Handeln auf EU-Ebene plädieren. Von Jüngeren wird diese Ansicht öfter geäußert, Befragte mit Matura und Universitätsausbildung sind häufiger dafür als andere Bildungsgruppen, Bewohnerinnen und Bewohner von Großstädten (ab 100.000 Einwohnern) treten ebenfalls oftmals dafür ein. Für mehr nationalstaatliches Handeln sind am ehesten Österreicherinnen und Österreicher ab 50 Jahren, Befragte mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura sowie jene, die in kleinen/mittelgroßen Städten und am Land leben.

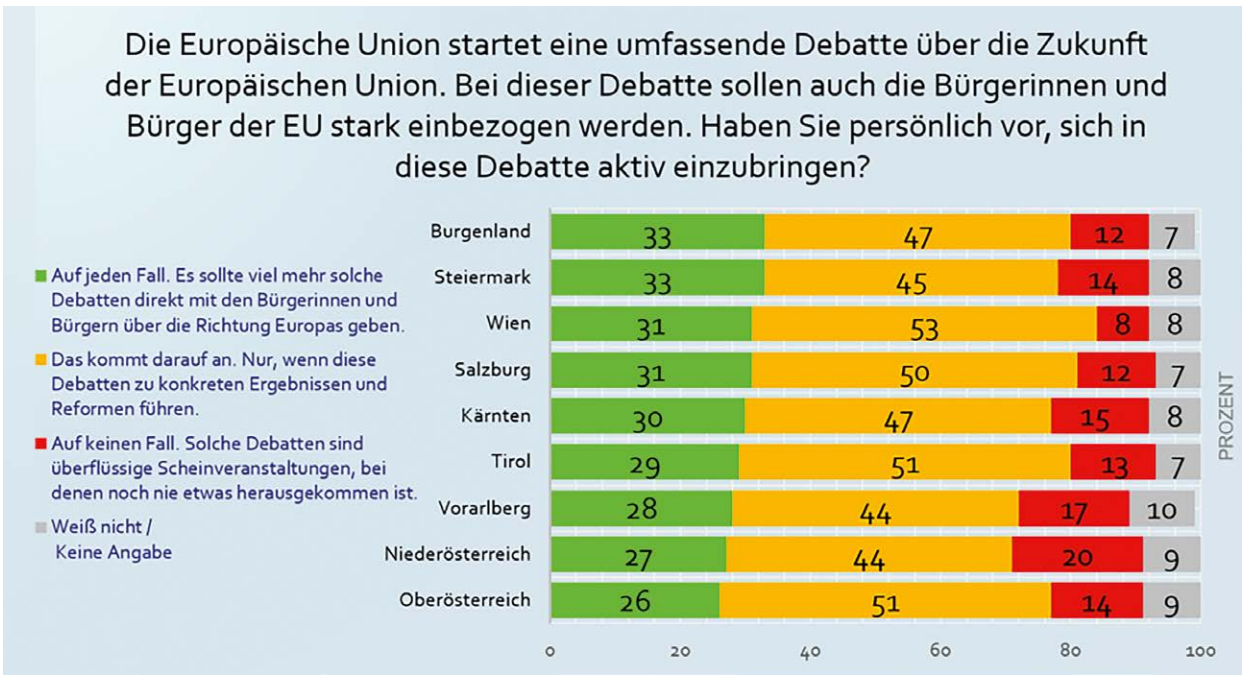
Vertrauen in politische Entscheidungsträger – je näher, desto größer

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, vertrauen die Österreicherinnen und Österreicher am ehesten der regionalen Ebene. Der Bund und die EU-Institutionen werden im Vergleich eher selten genannt. Das Vertrauen in regionale Strukturen ist besonders bei Menschen, die am Land und in kleineren Städten wohnen, hoch. Ebenso bei Befragten mit Lehre oder Pflichtschulabschluss. Personen mit Matura oder Universitätsausbildung sowie junge Menschen bis 29 Jahre reihen in dieser Frage noch am ehesten die EU-Institutionen an die erste Stelle.



Bereitschaft zur Beteiligung an der EU-Zukunftsdebatte

Die Bereitschaft, sich persönlich an der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union zu beteiligen, erweist sich in den einzelnen Bundesländern als einheitlich.



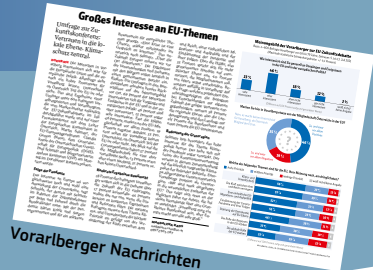
Maximal ein Drittel der Befragten, etwa im Burgenland und in der Steiermark, gibt an, sich „sicher“ aktiv einbringen zu wollen. Eine weitere Gruppe, die je nach Bundesland bis zu 51 Prozent der Bevölkerung umfasst, kann sich dies unter der Bedingung vorstellen, dass „die Debatten zu konkreten Ergebnissen und Reformen führen“. Ein Fünftel der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher schließt es hingegen aus, bei der EU-Zukunftsdebatte mitzumachen, in Wien sind es indes nur 8 Prozent.

Die Ergebnisse für ganz Österreich zeigen, dass Männer häufiger als Frauen sicher an der Debatte teilnehmen wollen. Diese Absicht ist auch umso stärker ausgeprägt, je jünger die Person und je höher der Ausbildungsgrad ist.

Zur Studie

Die Umfragen wurden in Form von Online-Erhebungen von market (www.market.at) durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage 600 Personen befragt wurden. Sie sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung (maximale statistische Schwankungsbreite +/- 4,1 Prozent). Die Bundesländer-Ergebnisse wurden zudem zu einer Gesamtauswertung für ganz Österreich kumuliert (5400 Befragte, max. statistische Schwankungsbreite +/- 1,36 Prozent).





Vorarlberger Nachrichten

Brüssel sucht Bürgernähe

Konferenz zur Zukunft Europas: Zwei Jahre lang horcht die EU ins Volk hinein

Wien. Ostbahn Kurti fuhr mit dem Rad nach Rio, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fuhr mit dem Rad nach Rio. Die Kommission hat die Gelegenheit genutzt, um die Bürgerinnen und Bürger über die EU zu informieren.



Die EU soll auf der Weltbühne selbstbewusster auftreten und global mehr einbringen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.

Die EU soll die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen.



BEZIRKSBLÄTTER SALZBURG • 28./29. OKTO

REGIONAUT DER WOCHE

Gemeinsame Gaisbergwanderung

Mit Europaministerin Edtstadler für die EU-Zukunft zum Gaisbergspitz

Salzburg. Eine gemeinsame Wanderung mit Europaministerin Karoline Edtstadler auf ihrem Lieblingsberg. Die Europaministerin empfand trotz der schwerwiegenden Krise innerhalb der EU mehr Zusammenhalt.

Man packte den Rucksack und schnürte die Wanderschuhe.

Zusammenhalt. Im warmen „Goats“-Wirtshaus am Gaisbergspitz gab es weiter aussergewöhnliche Gelegenheit, über die Zukunft Europas zu diskutieren.

An diesem höchsten Punkt der EU-Zukunftswanderung verab-

schiedete sich die Europaministerin Karoline Edtstadler und überließ es dem EU-Kommissionspräsidenten Martin Selmayr, die Diskussionen alleine weiterzuführen.

Martin Selmayr begleitete am späten Nachmittag die immer kleiner gewordene Gruppe den Waldweg hinunter wieder zum Ludwig-Schmederer-Platz und sammelte Wünsche und Vorschläge für die Zukunft der EU, die er in Brüssel behandeln wird.

SCHON

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Vorarlberger Meinung der Vorarlberger zur EU erforscht

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Neue Vorarlberger Tageszeitung

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Europa macht Station in der Stadt Tulln

Tulln. Im Rahmen ihrer Radtour durch Österreich haben sich Martin Selmayr und Paul Schmidt in Tulln aufgehalten.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Europäische Union und der Wolf

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.



Kronen Zeitung

„Krise war Weckruf für Europa“

Die EU sei durch die Corona-Krise zusammengekommen, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.



Thema des Tages: Zukunft der EU 13

„Krise war Weckruf für Europa“

Die EU sei durch die Corona-Krise zusammengekommen, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.



Vertreter der EU-Kommission radete durch Salzburg, um Stimmen zur EU einzufangen

Mit dem Rad zu den Gesprächen

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

Die Bürger der EU sollten sich selbstbewusster auf der Weltbühne zeigen.

#DieZukunftGehörtDir



Wer Ideen, Vorschläge oder Anregungen
zur Zukunft Europas hat,
kann sich auf folgender Website
zu Wort melden:

<https://futureu.europa.eu>